## LATEINAMERIKA NACHRICHTEN



_					
O	Ich bestelle L N-Nr				
0	Ich bestelle Dokumentation Nr				
0	Ich bestelle Sondernummer				
O	Ich bestelle 'Fußball und Folter'				
0	Ich bitte um eine Gratisnummer				
0	Ich bestelle ein Geschenkabonnement für				
0	Ich bestelle CHILE - 5 Jahre Militärdiktatur				
(Name	e)				
(Nam	;)				
(Name					

Kennwort: Neuabo, Bezugsbedingungen für Mehrfach-Bezieher auf Anfrage.

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

## LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 64

6. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

27.10.1978

Solidaritätspreis DM 2,-



## SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK VON NICARAGUA

heißt für uns

KEINE INTERVENTION VON AUSSEN
ABBRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN
ANERKENNUNG DER PROVISORISCHEN REGIERUNG

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

NICARAGUA: NACH DEN SEPTEMBERKÄMPFEN – CHILE: HERUNTER-GEWIRTSCHAFTET – MEXIKO: HUNGERSTREIK FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN – PERU: GEWERKSCHAFTSKONGRESSE

#### INHALT

<ul><li>NICARAGUA</li><li>Nach den Septemberkämpfen</li><li>Solidaritätskonzerte</li></ul>	3 14
<ul><li>II. ARGENTINIEN</li><li>Bericht eines KZ-Häftlings</li><li>Videla in Rom</li><li>Jugendorganisation des P.I.</li></ul>	16 18 19
III. CHILE  — Heruntergewirtschaftet  — Der Fall Contreras  — Studentenbewegung	24 27 29
IV. MEXIKO – Hungerstreik für die politischen Gefangenen	31
V. PERU — Gewerkschaftskongresse	40
VI. BOLIVIEN  — Düstere Bilanz einer Diktatur  — Bericht über Potosi	44 51
VII. SOLIDARITÄT – Chile-Solidarität – Spendet 10% des Weihnachtsgeldes	53 55
VIII. REZENSION  - Lateinamerika-Jahrbuch Nr. 2	57

#### IMPRESSUM

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 5 der CHILE-NACHRICHTEN

erscheinen monatlich (mindestens 11mal im Jehr)

Abo-Preis: DM 30,-

Voreuszehlung suf: Sonderkonto des Chile-Komitees — "Hilfe für Chile" PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108 Bankleitzehl 100 100 10; Kennwort: Nauebo '78 Adresse: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL Sevignypletz 5 1000 Barlin 12 Tel. 030 / 313 50 65

REDAKTION: Redaktionskollektiv V.I.S.d.P.: Gisele Sammer

## **NICARAGUA**

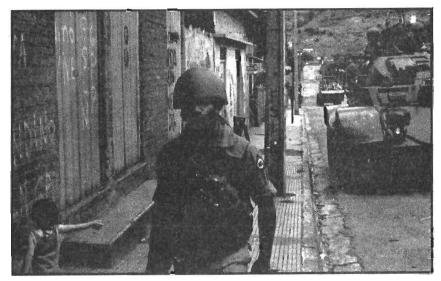
## Nach den Septemberkämpfen

Mit der Rückeroberung von Estelf, der letzten von der FSLN gehaltenen Stadt, scheint wieder 'Ruhe im Land zu herrschen'. Der Mationalgarde ist damit das gelungen, was Pessimisten befürchtet und z.T. prognostiziert haben. In einer 10-tägigen, an Brutalität fast beispiellosen Gegenoffensive ist es ihr gelungen, sämtliche Städte und Ortschaften zurückzuerobern, die zuvor in den Händen der Aufständischen waren.

Für diesen 'Erfolg' schien der Nationalgarde kein Preis zu hoch zu sein. Sie kann sich zumindest rühmen, vorläufig die Kontrolle über ein fast völlig zerstörtes Land zurückergbert und die 'Ord-nung' auf der Basis von Schutt und Asche wiedererrichtet zu haben. Ca. 10 000 Tote sind in diesem Feldzug zurückgeblieben;ngefähr 20.000

Verletzte wurden bisher gemeldet und ca. 1000 Gefangene. Die Städte Estell, Masaya, Chinandega und León sind völlig zerstört, wobei allein in Esteli ca. 2500 Tote gezählt wurden. Ca. 7000 Menschen flüchteten bislang nach Honduras, 10 000 nach Coasta Rica, wo täglich 60 Flüchtlinge die Grenze passieren.

Diesen 'Erfolg' verdankt die Nationalgarde einem Vorgehen, das wohl nicht zu Unrecht von der Opposition als 'Völkermord' bezeichnet wird. Mit Panzerangriffen, die von Bombardements der Luftwaffe unterstützt wurden, ging sie gegen die Zentren des Aufstands vor, indem sie vor allem die Zivilbevölkerung zum Ziel ihrer Angriffe machte und hier auch nicht vor Kindern und völlig unbeteiligten Personen haltmachte, wenn es die militärische Raison erforderte. Massenexekutionen waren dabei ebenso an der Tagesordnung wie die Geiselnahme von Kindern.



Die nach der Rückeroberung der Aufstandszentren durch die Nationalgarde eingetretene Phase wird sowohl von der FAO (Breite Oppositionsfront) als auch von den Sandinisten als vorübergehende Kampfpause
bezeichnet. Es scheint in der Tat so zu sein, daß der Rückzug der
Sandinisten zwar mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung geendet
hat, die Sandinisten selbst aber relativ wenig Verluste hinnehmen
mußten, da sie sich rechtzeitig zurückzogen.(Dieser Rückzug wurde
nach unseren bisherigen Kenntnissen von der Zivilbevölkerung keineswegs als Verrat verstanden, sondern als für den weiteren Kampf
bzw. dessen Wiederaufnahme notwenige Maßnahme). Dies scheint nicht
nur für die personelle, sondern für die ganze Infrastruktur zu gelten.

Die Gründe für den Rückzug liegen vor allem in dem Mangel an Waffen einerseits und der Massakrierung der Zivilbevölkerung andererseits, der infolge der miserablen militärischen Ausrüstung nichts entgegengesetzt werden konnte. Wenn von einer baldigen, neuen Offensive die Rede ist, so beruht dies darauf, daß die Aufständischen gegenüber der Nationalgarde mit einigen Vorteilen rechnen können. Sie haben die Unterstützung der Bevölkerung und einen immensen moralischen Elan, der sich in den vergangenen Kämpfen mehr als einmal bewiesen hat. Sie verweisen auf das Beipsiel León, wo die Rebellen drei Tage lang den Angriffen von Hubschraubern, Luftbombardements, Panzerangriffen und der fortschreitenden Umzingelung bewaffneter Einheiten standgehalten haben, wenngleich höchstens 300 Mann mit lächerlichen Pistolen und einigen wenigen Gewehren ausgerüstet waren und dennoch nach dem Rückzug nicht einmal bedeutende Verluste hinzunehmen hatten.

Derartige überrraschende Erfolge lassen sich tatsächlich z.T. aus der weitaus besseren Moral der FSLN gegenüber der Nationalgarde erklären. Nur ein Bataillon von ausgebildeten Elitesöldnern unter Führung von Somozas Sohn wurde gegen die Aufständischen eingesetzt, und selbst diese Truppe zeichnete sich eher im Morden als im Kämpfen aus. Es ist möglicherweise sogar zweifelhaft, ob die Nationalgarde außer mit dem Mitteln des Terrors gegen die Zivilbevölkerung einer zweiten Offensive und Wiedereroberung von Städten standhalten könnte.

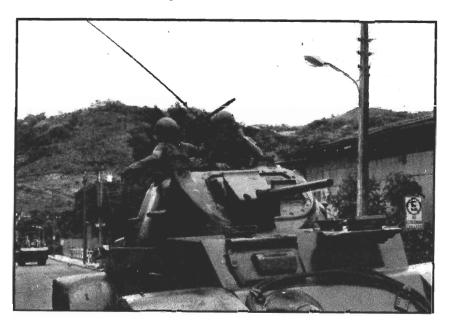
Die in den Kämpfen vom September hergestellte faktische Einheit innerhalb der verschiedenen Fraktionen der FSLN scheint allerdings an der rrage der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes bzw. einer neuen Offensive wieder brüchig geworden zu sein.Während die "Terceristas" davon ausgehen, daß eine neue Offensive so schnell wie möglich erfolgen muß, um den Somozatruppen keine Zeit für eine Vorbereitung zu lassen, argumentieren die GPP-Leute, daß nach der Zerstörung ganzer Städte durch die Nationalgarde, wine Wiederaufnahme des Kampfes im Interesse der Zivilbevölkerung nicht möglich ist.

Somoza ist selbst durch das brutale Vorgehen der Nationalgarde nicht unter Legitimationsdruck gekommen, das er in zynischer Offenheit mit der Tet-Offensive in Vietnam vergleicht und dessen Berechtigung sich aus seiner Sicht der Dinge aus dem Tatbestand der 'Subversion' von selbst versteht.

Diese Sicht der Dinge wird offensichtlich von den ihn unterstützenden Söldnertruppen geteilt, die sich in den USA teils aus Exilkubanern, teils aus Vietnamkriegsveteranen zusammensetzen. Hinzu kommen die Einheiten aus El Salvador, Honduras und Guatemala, die weniger als Söldnerheer als vielmehr als Einheiten zu beschreiben sind, die im Rahmen der CONDECA (milit. Pakt in Mittelamerika) in Nicaragua intervenieren. Dennoch sollte die zweifellos vorhandene massive ausländische Unterstützung der Nationalgarde nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Nationalgarde auch ohne diese militärische

Unterstützung zumindestens im 1. Schritt in der Lage gewesen wäre, den Aufstand niederzuschlagen.

Die Möglichkeit eines Sieges der FSLN ist damit entscheidend davon abhängig, welche politische Unterstützung Somoza weiterhin erhält, bzw. inwiefern es gelingt, zum einen Unterstützung für die Opposition zu gewinnen und zum anderen den Druck auf Somoza zu verstärken. Bislang scheinen die diesbezüglichen Bemühungen zwar einige Resultate zu zeitigen, die aber nicht unbedingt in die von der FSLN anvisierte Richtung tendieren.



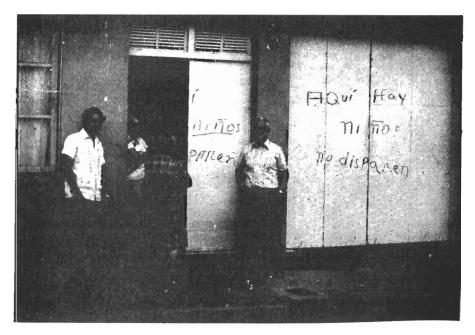
### Die Rolle der USA

Wenn die USA zu Beginn des Konflikts eine relativ oder zumindest scheinbar 'enthaltsame' Position einnahmen, sich zu den Vorgängen in Nicaragua kaum äußerten und dies – die Spitze des Zynismus – auch noch mit 'Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten' zu legitimieren versuchten, so hat sich diese Haltung im Verlauf des 10-tägigen Bürgerkriegs erheblich geändert.

Die relative 'Enthaltsamkeit' Washingtons zu Beginn der Kämpfe war von der Einschätzung bestimmt, daß nach der Ermordung Chamorros im Januar d.J. keine adäquate Alternative zu Somoza existiere. Man bez<sup>O</sup>g deshalb eine Position des Abwartens bis 1981, dem Datum der von Somoza versprochenen Wahlen und seines Rücktritts. Die einzig denkbare Alternative für Nicaragua schien den USA zu diesem Zeitpunkt das Gespenst eines zweiten Kuba, das sie treffsicher in der PSLN repräsentiert sahen. Demgegenüber blieb das Verweilen Somozas im Amt allemal das kleinere Übel.

Diese Position des Abwartens ist nach dem 10-tägigen Wüten und Morden der Somozatruppen selbst für die USA nicht mehr möglich. Die Gefahr einer Radikalisierung der gesamten Opposition durch dieses barbarische Vorgehen stellte die USA vor mehrere Probleme: zum einen würde durch diese Radikalisierung die Gefahr eines zweiten Kuba nur noch größer, zum anderen zeichnet sich die Gefahr einer Internationalisierung des Konflikts ab, die die USA in ihrer strategisch wichtigsten Elnflußsphäre Mittelamerika nicht ohne weiteres hinhehmen können. Die Aktivitäten Venezuelas, Panamas und Costa Ricas zugunsten der FSLN einerseits und die publik gewordene Unterstützung Somozas durch Söldner aus den USA und dieTruppen der rechten Regierungen in der mittelamerikansschen Region verdeutlichen die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts. Die Zerstörung des ursprünglichen Konzepts der USA durch Somozas Zerstörungsfeldzug selbst ist aber wohl der Hauptgrund, der die USA zu größerer Aktivität bewogen hat.

Kurz nach den ersten tasterden Bemühungen der USA hinsichtlich Vorhandlungen wurde im Senat in Washington auf Initiative des demokratischen Senators Frank Church ein Kredit von 8 Mio. als Wirtschaftshilfe für Nicaragua gestoppt, ebenso wurde fast die Gesamtheit der amerikanischen Kredite (die vor allem für die Finanzierung der Nationalgarde gewährt wurden) in Höhe von ca. 150 000 Dollar gewstrichen. Allerdings scheinen 400 000 Dollar für die Nationalgarde, dienoch aus dem Budget 78 für Nicaragua vorgesehen waren, hiervon nicht berührt zu sein. womit einmal mehr bürgerliche Politik die Stringenz ihrer eigenen Moral unter Beweis gestellt hätte.



Gegenstand der Verhandlungen zwischen Sonderbotschafter William Jorden und Somoza sind zunächst einmal Zeitpunkt und Modalitäten des Rücktritts von Somoza. Die Bereitschaft zum Rücktritt hat Somozatrotz ständig widersprüchlicher Presseäußerungen- auf Druck von Washington inzwischen wohl indirekt signalisiert und in Gestalt von "Konzessionen" den Weg für Verhandlungen frei gemacht.

Die 'Konzessionen' von Somoza reichen neben der Freilassung von 350 Gefangenen, u.a. 7 wichtigen Oppositionsführern bis zur nach 10 Tagen Massaker zynisch anmutenden Einreisegenehmigung der Menschenrechtskommission, die nach Somoza "mit völliger Freiheit" in Nicaragua operieren darf.

Wie diese Freiheit aussieht, wurde schnell klar. Somoza unterläßt so gut wie keinen Versuch, die Kommission unter Druck zu setzen, während die Nationalgarde versucht, sich von ihrer"besten Seite"zu zeigen. Nach jeder Rundfunkmeldung über die Anwesenheit der Kommission wird ihr eingeschärft, daß die "Reputation der OAS" in ihren Hände liege, und daß es eine "Menschenrechtsverletzung"darstellen würde, wenn die Kommission nicht über die von den Rebellen "begangenen Scheußlichkeiten" berichten würde.Desgleichen wird empfohlen, den Aussagen des Volkes keinen Glauben zu schenken.

Nachdem diese "Einschüchterungsversuche" offensichtlich keinen Erfolg hatten, ein Mitglied der Kommission vielmehr nach einen eintägigen Aufenthalt in Estell meinte genug gesehen zu haben, um die Nationalgarde als eine "Besatzerarmee" klassifizieren zu können, legte die Nationalgarde kurzerhand Bomben vor die Tür eines Mitglieds der Kommission, die dann anschließend von ihr "entdeckt" wurden.

## Spaltung der FAO

Die Möglichkeit von Verhandlungen überhaupt setzt sowohl für Somoza selbst als auch für die USA letztendlich den Ausschluß der Sandinisten voraus.

War bislang der Rücktritt Somozas auch für die verschiedenen Gruppen der FAO - wenngleich die Forderung mit unterschiedlicher Bestimmtheit vorgetragen wird - Verhandlungsvoraussetzung, so ist diese Einheitlichkeit inzwischen verschwunden. Erste Spaltungstendenzen zeigen sich, Spaltungen, die in das neue Konzept der USA hervorregend passen. Damit ist durch die Verhandlungen das eingetreten, was die FSLN von Anfang an und zwar sehr viel strikter als die FAO 'Somozismo ohne Somoza' genannt und abgelehnt hat.

Die einzige Bedingung, die die FAO für Verhandlungen mit Somoza gestellt hat, war die Freilassung der politischen Gefangenen und die Aufhebung der Zensur. Eine erste entgegenkommende Geste hat Somoza mit der Freilassung von 350 politischen Gefangenen gemacht, wobei allerdings sofort klargestellt wurde, daß diese 'Amnestie' nicht für 'Terroristen' oder in militärische Kämpfe verwickelte Personen gelte. Damit ist klar, daß auch auf der Ebene der politischen Gefangenen der Spaltungsprozeß im Gange ist. Die unter 'Terrorismus' eingeordneten und in militärische Kämpfe Involvierten sind natürlich die aktiven Kämpfer aus den Tagen des Bürgerkriegs, d.h. diejenigen, die auf der Seite der FSLN bewaffneten Widerstand geleistet haben.

Während die Konservative Partei vor allem nach der letzten Offensive Angst hat, ist die MDN (Demokratische Bewegung Nicaraguas), die Unternehmerschaft und Banken vertritt, unter dem Unternehmer Alfonso Robelo mehr als zaudernd. Einerseits beeilt sich Robelo immer wieder zu sagen, daß gegen eine blutige Regierung vom Typ Somozas nur Gewalt hilft, andererseits war

7

or einer der ersten, der Verhandlungen mit der USA akseptierte und sich damit gegen die FSLN wandte. Auch die geweckschaftliche Unterstützung für die FSLN ist gespalten. Die Confederacien UMida des Sindicatos(CUS) ist ebenso wie der ehristdemokartische Gewerkschaftsverband (CNT) eher auf Seiten der MDK als der der FSLN. Demgegenüber steht die Central General de Trabajadores (CGT) auf Seiten der KP, die ebenfalls überhaupt keine Beziehungen mit der FSLN oflegt, jedoch zumindest gewisse Sympathien hat. Der einzig Verbündete der FSLN innerhalb der FAO ist daher die Gruppe der '12'

Die Tatsache, daß lediglich die FSLN über eine Unterstützung im Volk verfügt, ist auch den übrigen Oppositionsgruppen in der FAO klar. Ein einfacher Ausschluß der Sandinisten ist daher auch für sie nicht unproblematisch. Dennoch tragen sie die Forderung nach Beteiligung Sandinisten an den Verhandlungen immer zaghafter vor ebenso wie sie die Einschränkung der 'Amnestie' zwar kritiseren, bislang aber nicht erkennen ließen, inwiefern sie auf ihren Forderungen wirklich bestehen.



Die von der FAO (nach außen ) einheitlich vertretene Konzeption einer Provisorischen Regierung soll von einem dreiköpfigen Direktorium gebildet werden. Mitglieder wären der Unternehmer Robelo als Vorsitzender der MDN, Rafael Cordoba Rivas, Mitglied der Konservativen Partei (die von Somoza geduldete Opposition) als Vertreter der UDEL, der "demokratischen Befreiungsbewegung", in der v.a. die Gewerkschaften vertreten sind und der Schriftsteller Sergio Ramirez als Vertreter der Gruppe der '12' und Sprecher der Sandinisten. Die ebenfalls zur FAO gehörende Gruppe der 'Einheitlichen Volksbewegung', die aus mehreren linken Splitterparteien besteht, ist damit nicht direkt in der Provisorischen Regierung vertreten.

Funktion und Aufgaben der Provisorischen Regierung werden seitens der Sandinisten folgendermaßen beschrieben: die Anerkennung dieser Regierung soll den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Somozaregime erleichtern.Zum anderen soll diese Provisorische Regierung zu einem späteren Zeitpunkt die Abhaltung freier Wahlen und die Zulassung politischer Organisationen ermöglichen.

Wenngleich die FAO zum Thema "Verhandlungen" jüngst eine neue Erklärung herausgegeben hat, in der es heißt, daß sie weder mit Somoza noch mit der"Dreiergruppe" (USA, Guatemala, Dominikanische Republik) "etwas zu tun" habe und demgegenüber die Ersetzung der Nationalgarde durch eine Volksarmee, die Auflösung des Somoza-"Parlaments" und die Anerkennung der Provisorischen Regierung fordert, kann nicht davon ausgegangen werden, daß dies die Position ist, hinter der die FAO geschlossen steht.

### Zur Rolle Panamas, Costa Ricas und Venezuelas

Die Geschäftigkeit der Regierungen Panamas, Costa Ricas und Venezuelas in Sachen Nicaragua, sowie ihre lautstarke, allerdings mehr propagandistische Unterstützung der Aufständischen in Nicaragua, die sich u.a. in einer v.a. von Venezuela getragen regen diplomatischen Aktivität äußert( die ergebnislos verlaufene OAS-Tagung zu Nicaragua, Versuch den Fall Nicaragua vor die UNO zu bringen und die Bemühungen Costa Ricas seine Grenzverletzungen durch Nicaragua unter Androhung des Austrits aus der OAS von dieser verurteilen zu lassen), sind kaum von einer genuin revolutionären Zielsetzung oder gar Sympathie dieser Staten für bewaffnete Umstürze getragen. Diesen Ländern, die im Spektrum lateinamerikanischer Militrädikaturen den USA z.Zt. politisch noch am nächsten stehen, geht es v.a. darum, eine nicht mehr kontrollierbare Radikalisierung der Bewegung in Nicaragua zu verhindern. Hindernis einer von ihnen gewünschten gemäßigten Demokratisierung in Nicaragua ist und bleibt aber Somoza.

Zu dieser allgemeinen Zielsetzung kommen nun jeweils spezifische Gründe der einzelnen Länder hinzu: Costa Rica zählt zu den am direktesten Betroffenen. Seine Grenzen wurden wiederholt von den Truppen Somozas bei der Verfolgung von Flüchtlingen verletzt und ganze Grenzdörfer bei der "Jagd nach Sandinisten" bombardiert.Costa Rica ist also schon um der nationalen Souveränität willen und in Anbetracht der Tatsache, daß es über keine Armee zur Sicherung seiner Grenzen verfügt, auf energische Reaktionen angewiesen.

Was es allerdings mit der"Solidarität"Costa Ricas für die Sandinisten auf sich hat, wurde vor wenigen Tagen deutlich.Die Grenze zu Nicaragua wurde "gesäubert" und dabei 50 Guerrilleros festgenommen, u.a. Comandante Uno (Vgl. LN Nr. 63). Einige dieser Festgenommenen wurden inzwischen schon nach Panama bzw. Venezuela abgeschoben.Die (rechte) Regierung Carazo in Costa Rica hat offensichtlich inzwischen "kalte Füße" bekommen und zieht "sichere Grenzen" der Unterstützung der Opposition vor.

Auch Torriios in Panama verfolgt mit der lautstark vorgetragenen Solidarität mit den Aufständischen in Nicaragua seine eigenen Ziele:Nach der massiven innenpolitischen Kritik an "seinen Kanalverträgen" sieht er sich dem Vorwurf des "Ausverkaufs nationaler Interessen" ausgesetzt, ein Vorwurf, der ihn besonders trifft, beruht sein Regierungskonzept bzw. sein Image doch gerade auf der Legende genuin nationalistischer und antiimperialistischer Entwicklung.Der wortgewaltige Anti-Somozismus, der propagandistisch in Scene gesetzte Empfang für die Besetzer des Nationalpalastes und der spektakulär arrangierte Rücktritt des Gesundheitsministers samt emphatischen Aufruf zur Bildung internationaler Brigaden dient eher der Aufpolierung des ein wenig lädierten Nationalistenimage als der "konsequenten und bedingungslosen Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Nicaragua".

Ziel all dieser Erklärungen, Aktivitäten und Initiativen ist die Beseitigung Somozas und die Errichtung "kontrollierter dewokratischer" Verhältnisse Differenzen zu den USA liegen damitvin der strategischen Zielsetzung, sondern in der Wahl der Mittel-Während die USA offensichtlich weiterhin stur an ihrem Komzunistensyndrom in Gestalt der FSLN festhalten, haben die o.g. Regierungen diesbezüglich eine etwas subtilere und wohl auch treffendere Einschätzung In der Lesart des ehemaligen Prösidenten von Costa Rica hört sich das etwa so an: als er dazu aufrief, die Sandinisten mit Waffen zu unterstützen, beschrieb er sie als " in keinster Weise marxisisch" und zwar nit der denso verblüffenden wie einstlienen begründing, "weil sie nämlich von der gesamten Bevölkerung Nicaragnas unterstütze würden".



Es soll hier zunächst einmal dahingestellt bleiben, ob die Sandinisten nun marxistisch sind oder nicht. Fest steht, daß sie, wie Figueres richtig feststellt, von der gesamten Bevölkerung unterstützt werden. Eventuell ist dies auch genau der Punkt, wo sich die Einschätzungen der USA und der mittelamerikanischen Länder unterscheiden, und zwar in dem Sinne, daß erstere durch den Anti-Somoza-Kampf, vor allem die üngste Eskalation unter Massenbeteiligung, eine zu große Massenmobilisierung befürchten, die auch jetzt schon, d.h. im Stadium des Kampfes gegen Somoza, insofern gefährlich ist, als es sich um eine originäre Massenbewegung der Basis handelt, die 1. leicht eskalieren kann und 2. mit den traditionellen Mitteln bürgerlicher Institutionalisierung (repräsentative Demokratie etc.) nur schwer 'befriedbar' erscheint, bzw. nur befriedbar ist in dem Maße wie auf Massenforderungen real eingegangen wird. Daß diese nicht mit dem Abtritt Somozas befriedigt sind und auch nicht mit der Ausschreibung von Wahlen und etlichen feinsinnigen Verfassungskonstruktionen, wird auch den USA klar sein.

Der Punkt, um den es nach dem Abtritt von Somoza gehen wird, liegt vor allem auf der Ebene der Einlösung sozialökonomischer Forderungen, wie Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung des Lebensstandards, höhere Löhne, Wohnverhältnisse, Preise, Gesundheitswesen etc. Dies sind Bedingungen, die sehr viel schwerer zu realisieren sind als der Abtritt Somozas und die Beseitigung der brutalsten Formen der Repression.

Bei dem gegebenen Stand der sozio-ökonomischen Entwicklung bzw. Unterentwicklung und gesellschaftlicher Ungleichheit in Nicaragua ist dieses Problem viel schwieriger zu bewältigen bzw. einlösbar als in anderen, von den objektiven Bedingungen (Infrastruktur, Bodenschätze, Naturvorkommen, Industrialisierungsgrad etc.) her dafür sehr viel eher prädestinierten Ländern wie z.B. Brasilien, Argentinien etc., wo genau dieses Unterfangen eben auch an den Bedingungen des abhängigen Kapitalismus gescheitert ist. Das Scheitern bzw. die Unmöglichkeit derartiger Bemühungen ist damit für Nicaragua vorprogrammiert, die Gefahr der Radikalisierung aber in Anbetracht des jetzt schon erreichten Mobilisierungsgrades erheblich größer, wobei die Kettenreaktion, die eine solche Zuspitzung sozialer Konflikte in Nicaragua für den mittelamerikanischen Raum hervorrufen könnte, sicherlich gerade von den USA nicht unterschätzt wird.

## Terceristas als "bürgerliche" Fraktion?

Insofern sind auch die mancherorts zu hörenden Einschätzungen und Vorwürfe an die Sandinisten, konkret die 'Terceristas' ( in der ausgezeichneten Berichterstattung der 'Süddeutschen Zeitung', die äußerst präzise und differenziert informiert hat, was in Anbetracht der sonst vorwiegenden Verdummung der westdeutschen Presse auch und gerade bei internationalen Konflikten vielleicht einmal positiv erwähnt werden sollte) als 'bürgerlich' bzw. antimarxistisch zu problematisieren.

Einmal, um welchen Marxismus handelt es sich in diesem Falle? In Anbatracht der Diffusität, mit der mit diesem Begriff von rechts und (leider) auch von links operiert wird, sollte bei solcherart Behauptungen vielleicht zunächst besser das eigene Marxismusverständnis mitgeliefert werden. Hinzu kommt, daß man gerade in Lateinamerika nicht von <u>der</u> marxistischen Tradition sprechen kann, sondern daß es allenfalls verschiedene Strömungen, und zwar zumindestens den orthodox-marxistischen Moskauer Linie, den Marxismus trotzkistischer Prägung und den nachkubanischen, vor allem fokistisch inspirierten Mar-

xismus, gegeben hat und gibt, über deren marxistische Authentizität im Einzelfalle viel zu sagen und zu streiten wäre. Produktiver wäre in diesem Zusammenhang das Nachdenken über bzw. Abklopfen der einzelnen Strategieansätze auf ihre Zielvorstellung einer z.B. sozialistischen Demokratie hin, die aber im Unterschied zu vielen von den lateinamerikanischen Linken entwickelten Strategien die konkreten ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse einzubeziehen hätte, und demnach also die realen Klassenverhältnisse einfangen und in eine durchsetzbare Strategie umsetzen müßte. Erst dann wären Kriterien gegeben, Strategien als 'marxistisch' oder 'auch nicht' zu diskutieren und zu kritisieren.

Den Pauschaleinschätzungen scheint ein wenig das Problem oder auch das Mißverständnis zugrunde zu liegen, daß Marxismus an abstrakten Prinzipien zu bemessen sei. Damit behaupten wir nicht, daß die FSLN marxistisch sei (allerdings behaupten wir das auch nicht für die anderen

Fraktionen, für die das oben gesagte ebenfalls gilt), noch daß etwa ihre Zielsetzungen bzw. ihr Programm sozialistisch sei und schon gar nicht die Massenkämpfe des Septembers in ihrer Gesamtheit sozialistisch seienoder aber auch nur auf sozialistische Ziele hinsteuerten. Allerdings ist mit dieser Ausgrenzung, die sich an Zielvorstellungen und Gründen für die Massenbeteiligung an den Kämpfen orientiert, auch nicht gesagt, daß es sich nun schlicht um 'bürgerliche' Kämpfe oder. Ziele handelt, was weder stimmt noch für das Verständnis der Prozesse in Nicaragua (und anderswo) besondern hilfreich ist. (Vgl. hierzu LN 63, wo zur Charakterisierung der Zielvorstellung der Sandinisten und der Kämpfe die (Hilfs-)Kategorie 'populistisch' verwandt wurde, die unsres Erachtens den Vorteil hat, die aus der Entwicklung des abhängigen Kapitalismus resultierenden Besonderheiten der sozialökonomischen Zielsetzungen und der sozialen Zusammensetzung der Kämpfe treffender zu beschreiben.)



Die Terceristas gehen davon aus - richtig oder falsch -, den Kampf in den Bergen mit dem in der Stadt zu verbinden, während Guerra Popular Prolongada (GPP) - zu den einzelnen Strömungen in der FSLN vgl. LN 63) - sich auf den Pokus in den Bergen verlegt, die Tendecia Proletaria demgegenüber ausschließlich am Außbau der Partei des Proletariats, also in der Stadt arbeitet.

Meben diesen mehr militärstrategischen Differenzen geht es auf der politischen Ebene um die Frage, wann, ob und wie der Sozialismus zu errichten sei. Während also die Terceristas davon ausgehen, zum Sturz Somozas ein breites Bündnis mit eben allen Somoza-Gegnern und im ersten Schritt eine demokratische Volksregierung zu errichten und dann später den Sozialismus anzustreben, wird dies von den beider anderen Fraktionen als unakzeptabel angesehen. Mit der fortschreitende Offensive der Terceristas haben sich aber zunehmend mehr reale bzw. praktische Kampf- und Kooperationspunkte ergeben, die z.B. erklären, daß die GPP in Esteli und León die Kämpfe getragen hat.

Die Selbstbeschränkung der Terceristas geht (nach einem Interview mit Daniel Ortega Savecra in 'Le Monde') aber doch noch einen Schritt weiter: auf die Frage, ob er bzw. die FSLN sich als Marxisten verstehen, antwortete er: "Ich bin Sandinist". Er beschreibt die FSLN als "nationalistische" Bewegung (historisch und offensichtlich auch aktuell), die Reformen anstrebt wie 2.B. die Verteidigung der nationalen Ressourcen, deren Mitglieder sich als Revolutionäre verstehen. die aus Christen, Marxisten und auch noch anderen besteht und sich heute an einer Plattform orientiert, die "dem Rhythmus folgt, den das Volk bestimmt". Er geht dabei so weit zu sagen, daß die "Frente bereit ist, das zu akzeptieren, was das Volk will, sei es nun eine sozialistische Lösung , oder eine sozialdemokratische". Diese Selbstbeschränkung gilt auch für die Zeit nach dem Sturz Somozas: die Frente verlangt nicht, selbst an der Provisorischen Regierung teilzunehmen. sondern lediglich die Einhaltung des Minimalprogramms und die Respektierung des Volkswillens, was sie durch die Teilnahme der Gruppe der 12 garantiert sieht.

## BRD und Nicaragua

Am 4. September 1978 richtete das "Büro Nicaragua" an Bundesaußenmi - nister Genscher einen Brief, in dem es u.a. hieß:" die Willensäußerung der Bundesregierung, nicht mit Terroristen zu paktieren, ernst zu nehmen und die diplomatischen Beziehungen zu diesem Regime in Nicaragua abzubrechen."

In dem Antwortschreiben Genschers vom 9.9.78 heißt es :" Der von ihnen geforderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua erscheint mir hingegen nicht als ein Weg, der geeignet wäre, etwa ige menschenrechtliche Probleme zu lösen oder eine stabile demokratische Ordnung zu fördern. Hierdurch würde vielmehr ein wichtiges Mittel unserer Einflußnahme preiszegeben... Hinzu kommt, daß nur bei Beibehaltung der diplomatischen Beziehungen unsere Auslandsvertretungen in der Lage sind, wichtige Aufgaben durchzuführen, wie z.B. deutschen Staatsangehörigen Schutz und Beistand zu gewähren, deutsche wirtschaftliche (!) Interessen zu fördern und die Bundesregierung über das Gastland umfassend zu informieren."

In einem weiteren Antwortschreiben an Genscher ging das "Büro Nicaragua" auf die "Argumentation" folgendermaßen ein:

"Sie beschreiben die Aufgaben der Deutschen Botschaft in Managua..Wir wissen, daß der jetzige deutsche Botschafter enge Bezihungen zu Somoza unterhält. Er hat z.B. die Dokumentation der "Ständigen Kommission der Menschrechte", die jeder Botschaft in Managua zugestellt wurde, nicht in die Bundesrepublik weitergeleitet. Er hat nichts unternommen, daß z.B kirchliche Entwicklungshilfeorganisationen mit dieser Dokumentation arbeiten können...Deutsche Staatsangehörige sind in Nicaragua durch die militärischen Auseinandersetzungen nie gefährdet gewesen. Wünschenswert und notwendig wäre, wenn die Deutsche Botschaft schutzsuchenden Nicaraguanern Hilfe gewähren würde, geräde in diesen Tagen. Aber für jeden schutzsuchenden Nicaraguaner ist die Deutsche Botschaft die denkbar schlechteste Adresse".

( Aus dem Briefwechsel: Genscher-"Büro Nicaragua", zu beziehen über dito c/o A. Pape, Ravensbergerstr. 149, 5600 Wuppertall)

## Daimler Benz in Nicaragua

Wenn es nun also auch um die humanitären und menschenrechtlichen Schutzfunktionen der Deutschen Botschaft in Nicaragua schlecht bestellt ist, wird der Schutz "deutscher Wirtschaftsinteressen" offensichtlich konsequenter betrieben.

Am 19. September richtet das "Büro Nicaragua" einen Brief an die Direktion der Daimler Benz AG mit der Aufforderung, ihrem Vertreter Anastasio Somoza Debayle den Vertrag zu kündigen. Gleichzeitig erhielt der Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG ein Schreiben mit der Aufforder ung. die Zusammenarbeit mit Somoza einzustellen.

Bislang antwortete hierauf nur die Daimler Benz AG:" Zunächst möchten wir Sie darauf hinweisen, daß Herr Anastasio Somoza unser Haus nicht in Zentralamerika vertritt, sondern verschiedene Angehörige der Familie Somoza Anteile an der Vertriebsgesellschaft in Nicaragua halten. Diese Gesellschaft, die unsere Fahrzeuge in Nicaragua verkauft, besteht seit 1954. Im Jahre 1977 wurden insgesamt 120 PKWs aus deutscher Produktion und 66 Nutzfahrzeuge unserer brasiliansichen Tochtergesellschaft Mercedes Benz do Brasil durch diese Gesellschaft verkauft. Sie werden verstehen, daß ein Abbruch unserer Geschäftsbeziehungen zu der Vertriebsgesellschaft in Nicaragua den Verkauf unserer Fahrzeuge nicht wesentlich reduzieren würde, doch die zahlreichen Mercedes-Kun den, die im Laufe der letzten 20 Jahre unsere Produkte gekauft haben, hart treffen....."

Bleibt zu fragen, wer diese Mercedes Benz Kunden in Nicaragua sind:

### Kredit der BRD

10 Millionen DM sollten aufgrund eines Vertrages von 1977 für den Ausbau des Telefonnetzes an Nicaragua gezahlt werden.Mit dem Auftrag für den Ausbau des Telefonnetzes war die Firma Siemens betraut , die sich u.a. dadurch einen Namen in Nicaragua gemacht hat, daß sie gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiter an die Polizei Somozas auslieferte.In Anbetracht dieser Rolle und der Tatsache, daß Siemens engste Beziehungen zu Somozas pflegt ist ein derartiger Kredit zumal unter den Bedingungen des Bürgerkriegs gewiß keine unpolitische, der Infrastruktur und damit dem "Volke" zugute kommende Angelegenheit, sondern eine recht massive Unterstützung der Regierung Somoza.

Diese "Einsicht "gewann die BRD allerdings erst nach erheblichen Protesten und Druck seitens der Öffentlichkeit. Sie ließ daraufhin den Kredit zunächst "einfrieren".

### **NICARAGUA**

Ein kämpfendes Volk braucht Hilfe und Solidarität. Von uns. Ein Land seit über 45 Jahren in der Willkür eines Diktators, seiner Familie und der Konzerne: Das Volk verelendet. Tausende kämpfen jetzt um die Freiheit und ein neues Nicaragua. Wir wollen helfen. Durch Information und Geld.

Büro Nicaragua c/o Angelika Pappe Ravensberger Straße 149 D 5600 Wuppertal 1

Konto 1014518500 Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Essen (BLZ 360 101 11) SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK VON NICARAGUA Carlos Mejia Godoy y los de Palacagüina - Konzerte in Deutschland



### der christus von palacaguina

auf dem berg iguana
mitten in den segovias
sah man ein eigenartiges leuchten
wie eine morgenröte um mitternacht
und die berge schaukelten
und die natur erzitterte
licht sah man in moyogalpa
in totogalpa und in chichigalpa

christus wurde geboren in palacaguina seine eltern: chepe pavón und eine gewisse maria sie geht sehr demütig die wäsche bügeln an der sich die frau des landbesitzers erfreut

durch die leute, die ihn anzusehen kamen entstand ein auflauf der indio joaquin brachte ihm einen großen käse aus nagarota statt gold, weihrauch und myrrhe nach alldem, was ich weiß schenkten sie ihm tabakdosen aus dirimo und sogar spitzkuchen aus guadalupe josé, der arme zimmermann leidet schon den ganzen tag an seinem rheumatismus von der harten schreinerei maria will, daß der sohn wie sein vater zimmermann wird aber der kleine dummkopf denkt: morgen will ich guerillero sein christus wurde geboren ...

Spenden für die Opfer der Repression in Nicaragua: Angelika Pappe, Sonderkonto "Nicaragua" 1014518500, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Essen (BLZ 360 101 11)

## **ARGENTINIEN**

## Bericht eines KZ-Flüchtlings

Am 19. Juli 1977 gelang Jaime Dri die Flucht aus der Gefangenschaft. Über seine Erfahrungen während dieser Zeit schrieb er einen Bericht, aus dem wir einige Auszüge wiedergeben.

In den Wahlen im März 1973. (Wahlsieg des peronistischen Parteienbündnisses unter dem Präsidentschaftskandidaten Cámpora) wurde Jaime Dri Abgeordneter des Partido Justicialista, der zu dem peronistischen Bündnis "Frente Justicialista de Liberación" (FREJÜLI) gehörte.

Zur Zeit seiner Gefangennahme war Dri Mitglied des Consejo Superior del Movimiento Peronista Montonero, des Führungsgremiums der Montoneros.

Am 15.12.1977 wurde Dri während eines Aufenthaltes in Uruguay verhaftet, sein Begleiter wurde erschossen.

"In Uruguay wurde ich in einem Haus in der Nähe des internationalen Flughafens von Carrasco schwer gefoltert: dabei wandten sie die bekannten Methoden des 'U-boots' (Untertauchen in einen Wasserbehälter) und der 'picana' (Elektroschocks) anjaußerdem wurde ich an meinen auf dem Rücken zusammengebundenen Händen aufgehängt.

Meine Folterer waren Angehörige der Streitkräfte von Uruguay und der argentinischen Marine.

Angehörige der Escuela Mecánica de la Armada (Marineschule), die zu dem sogenannten 'Grupo de Tareas 333-2' gehörten - einem der vielen Kommandos der Streitkräfte die unter dem Befehl der Junta stehen - brachten mich heimlich in einem Flugzeug nach Argentinien.

... In der Escuela Mecánica de la Armada wurde ich im Folterraum Nr. 14 gefangengehalten, der sich im Keller unter dem Offiziers-kasino befindet.

Hier wurde ich Zeuge des schrecklichen Anblicks, der so oft denunziert wurde: Männer und Frauen mit Verbundenen Augen, mit Handschellen und Fußfesseln, die nicht wissen, wann sie zur Folter oder zur Ermordung gebracht werden, getrennt von ihren Familien, ohne jeden Rechtsbeistand oder Unterstützung durch die Presse, vollkommen der Willkür der Folterer ausgeliefert."

Dri wurde in der Folgezeit seiner Gefangenschaft mehrmals in verschiedene geheime Gefängnisse der Armee verlegt, kam aber dann wieder in die Marineschule zurück.

"Als ich wieder in den Raum Nr. 14 zurückkam, bemerkte ich zwei Kreuze, die in die Wand gekratzt waren. Ein Mitgefangener erzählte mir, sie stammten von den beiden französischen Nonnen Léonie Duquet und Alice Domon. Wie ein anderer Genosse, dem die Flucht aus der Marineschule gelungen war, berichtet, waren die beiden Schwestern ermordet worden, und dann hatte man im Labor der Marineschule ein Foto hergestellt, auf dem sie mit einem Montonero-Kommando zu sehen waren, um so unsere Organisation für den Menschenraub verantwortlich zu machen. (...)

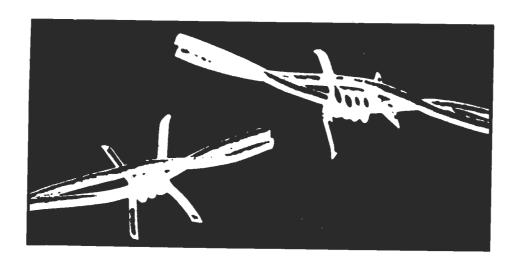
Während meines zweiten Aufenthaltes in der Marineschule konnte ich eine seltsame Maskerade beobachten, die dazu dienen sollte, die internationale Öffentlichkeit in bezug auf die Verletzungen der Menschenrechte falsch zu informieren. Zur Aufbesserung des Rufs der Marineschule lud man einen ausländischen Journalisten ein und zeigte ihm die Anlage – natürlich mit einigen Veränderungen: den größten Teil der Gefangenen verlegte man an einen unbekannten Ort (vermutlich wurden sie erschossen), andere steckte man in Marineuniformen und eine weitere Gruppe, darunter ich, wurde in Privatwohnungen von Offizieren eingespert."

In der Marineschule wird auch versucht, die Gefangenen dazu zu bringen, für das Militär zu arbeiten, indem sie nach der Freilassung als Informanten arbeiten. Dieser Versuch führte dazu, daß einige Gefangene sich angeblich überreden ließen, für das Militär zu arbeiten, dies aber nur als eine Fluchtmöglichkeit benutzten. Auch Dri bereitete auf diese Weise seine Flucht vor.

"Da die Militärs wußten, daß unsere Führer, die Funktionen im Ausland erfüllen, von Zeit zu Zeit nach Argentinien zurückkommen, beschlossen sie, Gefangene an die Grenzen zu bringen, damit diese ihre Genossen identifizieren sollten.

Dazu gehörte auch ich. Sie zwangen uns dazu, ein Dokument zu unterschreiben, mit dem Inhalt, daß wir uns spontan bei der Marineschule gemeldet hätten, um bei der Vernichtung des Montonero-Peronismus zu helfen."

Indem Dri dort die Möglichkeiten, die ihm die weniger scharfe Bewachung und die Nähe der Grenze boten, ausnutzte, gelang ihm die Flucht nach Paraguay.



<sup>+)</sup> Die Marineschule - eines der wichtigsten Folterzentren - wurde während der Fußballweltmeisterschaften als Umkleideraum der Spieler benutzt, da sie direkt am River-Plate-Stadion von Buenos Aires liegt.

## Kann man mit Videla beten?

Videla befand die Gelegenheit der Papstkrönung als günstig, um das Ansehen der argentinischen Militärdiktatur in den Augen der Weltöffentlichkeit aufzuwerten. Also reiste er zur Inthronisation Papst Johannes Pauls I. nach Rom. Aber ganz Italien mobilisierte sich dagegen:

Die Tageszeitung IL MESSAGERO hatte bereits am <u>26.8.78</u> darüber informiert, daß die Vereinigung der italienischen Gewerkschaftszentralen, deren Generalsekretäre 26 Millionen italienischer Bürger sowie zahlreiche Organisationen folganden Aufruf AMNESTYs unterzeichnet hatten: "Wir protestieren gegen das laufende Verschwinden von Gewerkschaftlern, Arbeitarn und Intellektuellen in Argentinien."

Am 30.8.78 wenden sich die Gewerkschaftler mit ihrem Protest direkt an den ungebetenen Gast Videla, der sich auf dem Weg zum Vatikan befindet, und widerholen ihren Protest.

Videlas Ankunft in Rom am 1.9.78 wird von zahlreichen Tageezeitungen negativ kommentiert so von der sozialietischen AVANTI und von LA REPUB**BLICA**, die von der "beschämenden Anwesenheit des argentinischen Diktators in der Zeremonie im Vatiken" spricht und von "Videla, dem ersten Problem für den Papst". "Kann man mit Videla beten", fragt der Kommentator. Zahlreiche katholische und gewerkechaftliche Organieationen sowie im Parlament vertretene politische Parteien protestieren gegen Videlae Anwesenheit.

Am Abend des 2.9.78 organisiart die Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Roms eine Demonstration vor der argentinischen Botschaft: Flugblätter werden verteilt und tausende von Plakaten in der Innenstadt geklebt, die den Besuch Videlas verurteilen und zur Unterstützung des Widerstandes in Argentinien aufrufen.

Am 3.9.7B, dem Tage der Inthronisation, iet die Baeilika von 10000 Polizisten umgeben. Die Demonstranten versammeln sich auf dem Petereplatz. 300 von ihnen werden festgenommen. Dennoch steigt um 18.00 Uhr, während der feierlichen Inthronisierungsmesse, ein von 25 Ballons getragenes Transparent auf: "Videla: Henker".

Am <u>4.9.78</u> zitiert die konservative Tageszeitung IL TEMPO den Oberhirten der St.Pauls Baeilika, Franzoni zu den Ereignissen: "Das ist bezeichnend für die Ablehnung, mit welcher die Christengemeinde auf die Anweeenheit solcher Personen neben dem Papst reagiert, die Repression, Mord und Folter als Regierungsmethoden verwenden".

In den folgenden Tagen finden sich in der bürgerlichen italienischen Presee zahlreiche solcher negativen Kommentare über die Anwesenheit Videlas und sogar in argentinischen Tageezeitungen wird kommentiert, was für einen ungünstigen Eindruck der Besuch Videlas hinterlasse.

SPENDET FÜR DEN ARGENTINIEN Solidaritäts-Fonds SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Argentinien - Hilfe

## Erklärung der Jugendorganisation des PI

Der Partido Intransigente (Unversöhnliche Bzw. nicht-kompromißbereite Partei) ist ein Produkt der verschiedenen Spaltungen der 1890 gegründeten Union Civica Radical (UCR - Radikale Bürgerunion).

Die UCR war eine ibrit vozialen Zusammensetzung nach höchst heterogene Partei. Ihr gehörten Teile der landbesitzenden Oligarchie an; der Hauptteil ihrer Mitglieder gehörte zum städtischen Bürger- und Kleinbürgertum, besonders Staatsbedienstete und Freiberufliche. Auch innerhalb der städtischen Arbeiterklasse hatte die UCR einen nicht unbetträchtlichen Einfluß.

Ihre programmatischen Forderungen konzentrierten sich zu Beginn des Jahrhunderts auf eine Ausweitung des Wahlrechts und einen Ausbau des

Staatsapparates. Sie war der Ausdruck der Forderungen der städtischen Mit-. telschichten nach Partizipation an dem von der Oligarchie kontrollierten politischen System. Zwischen 1916 und 1930 stellte die

Zwischen 1916 und 1930 stellte die UCR die Präsidenten Yrigoyen (1916-1922 und 1928 - 1930 Sturz durch einen Militärputsch) und Alvear (1922-1928).

Während der ersten peronistischen Herrschaft (1946-1955) stand die Radikale Partei in scharfer Opposition zur Regierung Peróns.

Nach jahrelangen internen Flügelkämpfen spaltete sich die Partei 1957 endgültig in die UCR del Pueblo (UCR des
Volkes) unter Ricardo Balbin und die
UCR Intransigente (Unversöhnliche UCR)
unter Arturo Frondizi. Dieser gewann
1958 durch eine Absprache mit den Peronisten, denen die Beteiligung an der
Wahl verboten war, die Präsidentschaftswahlen. 1962 wurde er durch das
Militär gestürzt. Bald darauf spaltete
sich unter seiner Führung der Movi-



Hipólito Yrigoyen

miento de Integración y Desarrollo (MID - Bewegung für Integration und Entwicklung) von der UCRI ab, deren Führung Oscar Alende übernahm.

1972 mußte sich die UCRI auf Gerichtsbeschluß hin umbenennen, da die UCR del Pueblo das alleinige Namensrecht erstritten hatte. Seither nennt sich die Partei Partido Intransigente (PI).

Bei den Wahlen von 1973 gehörte der PI zu der Alianza Revolucionaria Popular (Revolutionäre Volksallianz), der u, a. auch die Kommunistische Partei und der Partido Revolucionario Cristiano angehörten. Die Allianz trat gegen das peronistische Wahlbündnis Frente Justicialista de Liberación (FREJULI - Justizialistische Befreiungsfront) an.

Die Revolutionäre Volksallianz zerbröckelte 1974. Nachdem zuerst die Revolutionär-Christliche Partei das Bündnis verließ, nahm auch der PI eine Position größerer Distanz ein und näherte sich dem Linksperonis-

mus. Die Jugendorganisation der Partei war schon seit 1973 Mitglied der Juventudes Politicas Argentinas (Politische Argentinische Jugend-verbände), in denen die den Montoneros nahestehende Peronistische Jugend (JP) die Führung innehatte. Ebenso gab es ab 1975 gute Verbindungen pwischen dem Partido Peronista Auténtico, der nach dem Patsch in der Peronistischen Montonero-Bewegung aufging.

Chwohl der FI eine scharf oppositionelle Position gegenüber der jetzigen Militärfunta einnimmt, wurde die Partei nicht verboten, sondern ühre politischen Aktivitäten wie die anderer bürgerlicher Parteien nur suspendiert.

Im Folgenden drucken wir Auszüge aus einer Erklärung der Jugendorganisation des Partido Intransigente vom Juli 1978 ab.

## "Für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nationale Befreiung!"

Seit etwas mehr als zwei Jahren sieht sich das Militärregime einer hreiten demokratischen Opposition im Innern und einer wachsenden internationalen Zurückweisung und Isolierung gegenüber. Die organisierte Arbeiterbewegung und die demokratischen politischen Organisationen haben schon klare Zeichen ihrer erneuerten oppositionellen Handlungsfä-



Oscar Alende

higkeit gegeben. Streiks, Bummelstreiks und Blitzstreiks, die meist von spontanen Sabotageakten begleitet sind, folgen aufeinander. Fast alle Parteien und ihre Führer kritisieren die Militärregierung. Die begrenzten Versprechen der Militärjunta auf Partizipation und Demokratisierung befriedigen die öffentliche Meinung nicht, da sie nicht in konkrete Handlungen umgesetzt werden.

Auch die internationale Situation ist - im Großen und Ganzen - ungünstig für die argentinische Militärregierung. Die einzigen Stimmen, die sich zu ihrer Verteidigung erheben, gehören anderen autoritären Reginen, die ihre Ideologie und Isolierung teilen. (...)

Die politische und wirtschaftliche Krise in Argentinien läßt keine kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten zu. In dem Maße, wie die Militärregierung die Richtung ihrer Politik weiterhin beibehält, wachsen die Möglichkeiten für die Durchsetzung zweier gleich gefährlicher Optionen.

Einerseits verstärken sich die ultrarechten Tendenzen und ihr politisches Projekt innerhalb und außerhalb der Streitkräfte, wodurch eine Palastrevolution mit klar faschistischer Ausrichtung dreht.

Andererseits verstärkt sich der Druck und die Frustration immer breiterer Volksschichten, wodurch Bedingungen für eine spontane soziale Explosion mit unvorhersehbaren Folgen geschaffen werden. Die Reaktion der Regierung auf eine solche Entwicklung könnte eine noch gewaltsamere 21

und weiter verallgemeinerte Repression sein, die unser Land ins Chaos und die Nation in einen Zustand des Desintegration und des Bankrotts stürzen würde.

### Die Option für den Frieden

Diese doppelte Gefahr motiviert den PI und seine Jugendorganisation, mit höchstem Nachdruck auf die Notwendigkeit eines sofortigen beschleunigten Demokratisierungsprozesses hinzuweisen, der den Wunsch der großen Mehrheit des Volkes nach einem Wechsel kanalisiert und gleichzeitig den gefährlichen ultrareaktionären Ambitionen von einigen - wenn auch minoritären - Sektoren innerhalb der Streitkräfte und der Regierung Einhalt gebietet.

In Argentinien gibt es bereits die Basis für eine breite, demokratische, nationale und soziale Volksbewegung. Die politischen Sektoren, die der Ausdruck der Mehrheit des Volkes sind,haben fundamentale Übereinstimmungen, die sich um ein Minimalprogramm der dringenden Demokratisierung des Landes konzentrieren.

Die wichtigsten Kräfte dieser Bewegung stammen aus dem Peronismus, dem Radikalismus, der Christdemokratie und allen anti-imperialistischen und anti-oligarchischen Sektoren, die weder durch Abhängigkeit noch durch Privilegien kompromittiert sind.

Diese politischen Strömungen umfassen die Mehrheit der ländlichen und städtischen Arbeiter, die nationalen Unternehmer, Landwirte, Industriellen und Händler, Preiberufliche, Intellektuelle und Studenten, die alle von der Wirtschaftspolitik der Militärjunta betroffen sind. Sie sind vereint durch ihre identischen Hoffnungen und Interessen. Die Militärs mit nationaler und demokratischer Gesinnung, sowie der Klerus, der bereits seine Gegnerschaft zu den repressiven Ausschreitungen bewiesen hat, nehmen ebenfälls an diesem Prozeß teil. (...)

Es ist unsere Aufgabe, diese nationale und soziale Volksbewegung zu konsituieren, die allenpatriotischen und fortschrittlichen Willen vereinigt. Unsere Partei und ihre Jugendorganisation fühlen sich als integralen Teil der Bewegung, ohne Hegemonieansprüche, sondern mit dem Geist der Hingabe, den der gegenwärtige Moment erfordert. (...)

Diese Bewegung, Erbe der besten freiheitlichen und demokratischen Traditionen unseres Volkes, wird mit Sicherheit in der Mehrheit sein. Die breite Beteiligung des Volkes ist ein: Garantie gegen jede autoritäre oder gegen das Volk gerichtete Abweichung, ebenso wie gegen die Wiederentstehung von terroristischer Gewalt, die leicht zu isolieren ist, wenn für die Partizipation aller Argentinier breite Karäle offen sind.

Der PI und seine Jugendorganisation zählen städtische Lohnabhängige, Freiberufliche, Studenten, mittlere Sektoren der Landbevölkerung, des Handels und der Industrie zu ihren Mitgliedern, die unter dem Banner der nationalen Befreiung, der Gerechtigkeit und der sozialen Demokratie vereint sind. (...)

Die Juventud Intransigente hat bei der Weltorganisation der demokratischen Jugend (kommunistische Weltjugendorganisation, D. Red.) Beobachterstatus und arbeitet in der Internationalen Union der sozialistischen Jugend (Jugendorganisation der II. Internationale) mit.

## Jungsozialisten in der SPD

Unterbezirksvorstand Heinz Lohmann Güntherstr. 4 2 Hamburg 76 Tel. 229 56 29

Kreis Hamburg-Nord 2000 Hamburg 76, Wagnerstraße 30 Telefon 29 15 73

#### ANTRAG

Die Bürgerschaftsfraktion der SPD und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß als Sofortmaßnahme 50 politisch Verfolgte aus Argentinien in Hamburg aufgenommen werden. Bisher hat Hamburg lediglich 14 Asylplätze zugestanden. Die in dieser Forderung enthaltenen weiteren 36 Asylplätze dürfen nicht aus dem Kontingent eines anderen Bundeslandes gestrichen werden. Auch dürfen nicht die Kontingente für Asylplätze politisch Verfolgter anderer Nationalität angetastet werden.

#### BEGRÜNDUNG

Die verschiedenen öffentlichen Aktionen aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft 1978 haben breiten Kreisen in der BRD deutlich gemacht, daß in Argentinien eine blutige Diktatur unter der Führung des Generals Videla den Mord und die Folter von Junta-Gegnern betreibt. Nach einem Bericht des US-Außenministers Cyrus Vance vom November 1977 wurden seit dem Putsch 10.000 Menschen getötet, gelten 15.000 als verschollen und gibt es 18.000 politische Gefangene. Die Bundesregierung hat sich aus humanitären Gründen - wie im Fall Chiles - bereit erklärt, politisch verfolgten Argentiniern Asyl in der Bundesrepublik zu gewähren, um ihnen die von der Junta angebotene Entlassung aus der Haft bei gleichzeitiger Ausreise aus ihrem Heimatland zu ermöglichen. Diese durch Überzeugungsarbeit insbesondere einiger SPD-Bundestagsabgeordneter und Jungsozialisten erreichte Bereitschaft der Bundesregierung wird durch eine unwürdige Diskussion über Asylquoten öffentlich in Mißkredit gebracht. So soll nach einem Artikel des "VORWARTS" vom 22. Juni 1978 angeblich in einem Brief der Ständigen Konferenz der Innenminister (vom 18. Mai d.J.) die Rede davon sein, daß "das bisher nicht ausgeschöpfte Kontingent für politische Gefangene aus Chile ... auf Argentinier übertragen werden" sollte. Außerdem zeigt sich in einigen Bundesländern ein beschämender Widerstand gegen die humanitäre Maßnahme für die verfolgten

und getolterten Südamerikaner. So hat Bayern nach einer von der Frankfurter Rundschau am 15.7.1978 verbreiteten Meldung der Nachrichtenagentur "Reuter" die Aufnahme politischer Flüchtlinge aus Argentinien abgelehnt. Bayern hatte sich seinerzeit auch nicht an der Aufnahmeaktion für Verfolgte aus Chile beteiligt.In der "Weltstadt mit Herz" München lehnte - laut Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 27.7.78 - die CSU Mehrheit im Stadtrat einen Antrag der Fraktionen von SPD und FDP ab, 30 Argentinier aufzunehmen. Die Unionschristen stimmen aus Arbeits- und Wohnungsmarkt Gründen der Aufnahme von nur 10 Flüchtlingen zu - charakterisierten ihre Handlungsweise selbstgerecht gleichwohl als vorbildlich und barmherzig. Hamburg hat sich nach vorliegenden Informationen bisher lediglich bereit erklärt, im Rahmen der allgemeinen Quoten 14 Asylplätze bereitzustellen. Eine enttäuschende Zahl angesichts der verzweifelten Lage der Inhaftierten in Argentinien. Viel zu wenig, "um" - mit den Worten des Hessischen Sozialministers Armin Clauss (SPD) ausgedrückt - "überall in der Welt klarzumachen, daß die verwerflichen Äußerungen von Rechtsradikalen wie die des früheren Obersten Rudel in keiner Weise repräsentativ für Deutschland sind." (FR 20.6.78)

Soli	darität			
		Absender:	r Welt den Kampf eines 46 Jahren der Unter- chte fühlen wir uns chte fühlen wir uns chte hiv auf unsere eigene r Diktator Anastasio zustellen, weil er seine ann. If Ihre Regierung einzu- d weder Militär- noch fen, ein freies und	
5300 Bonn-Bad Godesberg	S.E. Herm Walter J. Stoessel jr. Kanzlei der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Mehlemer Aue	Postkarte	Sehr verehrter Herr Botschafter, die neuesten Ereignisse in Nicaragua zeigen aller Welt den Kampf eines Diktators gegen sein eigenes Volk, das sich nach 46 Jahren der Unter- drückung erhoben hat. Auf Grund unserer Geschichte fühlen wir uns solidarisch mit den Nicaraguanenn. Deshalb versuchen wir, auf unsere eigene Regierung einzuwirken, jegliche Unterstützung für Diktator Anastasio Somoza Debayle und seine Guardia Nacional einzustellen, weil er seine Macht nur mit Hilfe von außen aufrechterhalten kann. Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Botschafter, auf Ihre Regierung einzu- wirken, die Beziehung zu Somoza aufzugeben und weder Militär- noch Wirkschaftshifte zu gewähren. Sie würden damit dem nicaraguanischen Volk helfen, ein freies und demokratisches Nicaragua aufzubauen.	Datum Unterschrift

## CHILE

## Heruntergewirtschaftet

Die von Präsident Pinochet erhobene und von den Propagandisten der "freien Marktwirtschaft" nachgebetete Behauptung, daß das von der Militärjunta seit 1973 durchgesetzte Wirtschaftsmodell zu großen Erfolgen geführt habe, erweist sich bei näherem Hinsehen als reine Lüge. Neuere Statistiken beweisen das genaue Gegenteil. Die prekäre innen- und außenpolitische Situation macht es der Regierung immerhin unmöglich, die Kritik in wirtschaftlichen und politischen Fragen wie bisher zu unterdrücken. Trotzdem behält sie die Macht, ihren Kurs durchzudrücken. Gefahren drohen ihr vorläufig weniger von der US-Regierung oder von den Politikern der bürgerlichen Opposition als von einer immer furchtloser agierenden Bewegung an der Basis – am deutlichsten heute in den Universitäten und in den Gewerkschaften.

In seiner Rede zum fünften Jahrestag des Militärputschs vom 11. September 1973 hat Präsident Pinochet behauptet, daß die Erfolge der Wirtschaftspolitik so groß seien, daß man in internationalen Wirtschaftskreisen schon vom "chilenischen Wirtschaftswunder" rede. Er begründete das vor allem mit dem inzwischen erreichten Ausgleich der Zahlungsbilanz, mit der Halbierung der Inflationsrate ( sie liegt gegenwärtig bei etwa 30 % jährlich ) und mit der 1977 erreichten Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 8,6 Prozent.

Tatsächlich könnten sich manche Regierungen in der Welt wohler fühlen, wenn sie entsprechende Daten für ihre Länder aufweisen könnten. Im Fall Chiles jedoch bedeuten diese Ziffern alles andere als einen Erfolg, sobald man etwas zurückblickt und außerdem die sozialen Kosten mitbetrachtet, die dem größten Teil der Bevölkerung zugemutet worden sind, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) hat kürzlich ihren Wirtschaftsbericht über das Jahr 1977 veröffentlicht, aus dem man mit aller Deutlichkeit ablesen kann, wohin die Politik der "freien Marktwirtschaft" - Freiheit der Preise und Zinssätze, Senkung der Reallöhne und Einfuhrzölle, Förderung der Investition von Auslandskapital, Privatisierung öffentlicher Unternehmen und agrarische Gegenreform - Chile gebracht hat. Die Studie der CEPAL enthält für Chile folgende Angaben:

- Von 1970 bis 1977 ist das Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung von 908 auf 810 US-Dollar ( von 1970 ) gefallen. In der gleichen Zeit stieg das durchschnittliche Einkommen in ganz Lateinamerika von 574 auf 731 Dollar. ( Dabei handelt es sich, wie gesagt, um das Durchschnittseinkommen, das noch nichts besagt über die wirkliche Verteilung des Volkseinkommens. Zwischen 1972 und 1976 sank der Anteil der lohnabhängigen Schichten am Volkseinkommen von 57 auf 27 %.)

- Die Industrieproduktion lag 1977 immer noch um 4,6 % niedriger als 1969.
- Der Index des Bauvolumens sank gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1968-1970 um 20% im Jahre 1977.
- Die Investitionsrate liegt weiterhin bei etwa 10 % gegenüber einer durchschnittlichen Investitionsrate von 20 % für ganz Lateinamerika.

Zu diesen aus offiziellen chilenischen Quellen stammenden Ziffern der CEPAL muß man die neuesten Angaben der chilenischen Statistiker hinzunehmen:

- Danach sank die Produktion der wichtigsten 14 traditionellen landwirtschaftlichen Produkte im Erntejahr 1977/78 um etwa 27 %. Sie liegt damit weit unter der Produktion von 1970.
- Die neuesten Zahlen über die Arbeitslosigkeit in Groß-Santiago ergeben für September 1978 ein erneutes Ansteigen auf eine Quote von 13,7 %. Bezieht man auch die Leute mit ein, die die Suche nach einem Arbeitsplatz bereits als hoffnungslos aufgegeben haben oder die im sogenannten Mindestbeschäftigungsprogramm für ein karges Entgelt weit unterhalb des Mindestlohns arbeiten, so steigt die Arbeitslosenquote auf über 25 %. Untersuchungen in den Provinzen haben darüberhinaus gezeigt, daß dort die Arbeitslosenquote noch höher liegt.



Selbsthilfe: Frauen von Arbeitslosen bei der Arbeit im Vikariat Nord

Schließlich kann auch der Ausgleich der Zahlungsbilanz kaum als Erfolg gewertet werden, geht er dooh nicht auf eine wesentliche Verbesserung der Außenhandelsbilanz zurück, sondern auf eine fast ungehemmte Zufuhr von kurzfristigen Krediten internationaler Privatbanken, mit denen die reicheren Bevölkerungsschichten ihren Konsum von Luxusgütern finanzieren. Das Ergebnis ist zunehmende Verschuldung, die eines Tages teuer bezahlt werden muß.

Der Rückgang der genannten Indikatoren würde noch deutlicher ausfallen, wenn man den Vergleich nicht mit dem Jahr 1970, dem letzten Jahr der Regierung des Christdemokraten Frei, sondern mit dem Jahr 1972 während der Regierung Allende durohführen würde, weil die Zeit von 1970 bis 1972 durch ein enormes Wachstum gekennzeichnet war. Erst der Boykott der Regierung Allende durch die chilenische Bourgeoisie und die internationale Finanzwelt führte 1973 zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die schließlich den Militärputsch bewirkten.

Es ist nur scheinbar paradox und in Wirklichkeit folgerichtig, daß die internationalen Banken ein Land dann für nicht kreditwürdig halten, wenn seine Regierung eine Wirtschaftspolitik betreibt, die zu wirtschaftlichem Wachstum und Einkommensumverteilung zugunsten der Schwächeren führt (wie im Fall der Regierung Allende), dasselbe Land dann aber für geradezu unbegrenzt kreditwürdig halten, wenn seine Regierung eine Wirtschaftspolitik betreibt, die zu einem enormen Rückgang der Produktion und Investition und zur Steigerung der sozialen Ungleichheit führt. Ein kleiner Teil der Kredite, die heute nach Chile ließen, hätte 1973 ausgereicht, alle wirtschaftlichen Engpässe, vor denen sich die Regierung Allende sah, zu überwinden und damit der von ihren Gegnern betriebenen Strategie des Chaos eine Niederlage zu bereiten.

Die heutige chilenische Militärregierung zieht aus diesem Zusammenhang nur den Schluß, daß es darauf ankommt, den Kurs der "freien Marktwirtschaft" nicht nur unbeirrt fortzusetzen, sondern noch zu verschärfen.

So wird insbesondere der Prozeß der Verschleuderung, Privatisierung und Entnationalisierung der bisher vom Staat betriebenen Unternehmen weiter fortgesetzt. Beispielsweise wurden jetzt der Ford Motor Company ihre sämtlichen früher enteigneten Anlagen zurückgegeben, obwohl diese Rückgabe sämtlichen bisherigen Plänen für die weitere Entwicklung der chilenischen Automobilindustrie total widerspricht. Mit einigen wenigen Ausnahmen sollen fast alle noch in staatlicher Hand befindlichen Industrieunternehmen privatisiert werden. Da aber die chilenische Bourgeoisie kaum über genügend freies Kapital verfügt, um den wirklichen Wert dieser Unternehmen zu bezahlen, werden sie entweder verschleudert oder an ausländische Konzerne verkauft. Es ist nicht einmal sicher, daß der erst 1971 durch einstimmigen Beschluß des chilenischen Kongresses verstaatlichte Großkupferbergbau der Privatisierung und Entnationalisierung entgeht, nachdem mit dem Verkauf des großen Kupferbergwerks La Disputada an die EXXON im Januar 1978 bereits der erste Schritt in dieser Richtung getan worden ist.

### Der Fall Contreras

So unbeirrt und unbekümmert die Regierung ihre Wirtschaftspolitik zugunsten der einheimischen Großbourgeoisie vorantreibt und das ausländische Kapital für Investitionen in Chile - bisher ohne einschneidenden Erfolg - zu gewinnen sucht, so geschmeidig muß sie sich gegenüber den innen- und außenpolitischen Problemen verhalten, vor denen sie steht.

Ein Übermaß an brutaler Repression zur widerstandslosen Durchsetzung des Wirtschaftsmodells, wie es in den ersten Jahren nach dem Putsch üblich war, ist heute nicht mehr nötig. Das heißt nicht, daß es keine politische Unterdrückung mehr gäbe: Erst Anfang September wurden wieder elf Personen in Santiago-Conchalí plötzlich nachts ohne Vorlage von Haftbefehlen von Geheimdienstagenten verhaftet. Und in Chuquicamata, in der größten Kupfermine der Welt im Norden des Landes, begegnete man der in ihren Kampfformen durchaus friedlichen Bewegung des Kantinenstreiks zur Durchsetzung von Lohnforderungen im September mit der sofortigen Verhängung des Belagerungszustandes und Massenverhaftungen. Die Regierung war auch bisher nicht bereit, in der Frage der verschwundenen politischen Gefangenen irgendwelche ernsthaften Nachforschungen zu unternehmen. obwohl sie diese Bereitschaft im Mai ausdrücklich erklärt hatte, um damit den Abbruch eines Hungerstreiks der Verwandten zu erreichen, und obwohl die Bischöfe Chiles sich jeder einzeln der Fälle von Verschwundenen aus dem Bereich ihrer Diözesen annehmen und in ausführlichen Briefen an den Innenminister Sergio Fernández auf baldige Aufklärung drängen. Eine Antwort erhalten sie nicht.

Stattdessen wird immer klarer, daß es der Regierung darum geht, die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen nach Möglichkeit zu verhindern. Als Felix Ermacora, österreichisches Mitglied der Menschemrechtskommission der Vereinten Nationen, Ende September im Wiener Fernsehen darauf hinwies, daß nach wie vor der Verdacht besteht, daß in der von einer deutschen Sekte aufgebauten Siedlung Colonia Dignidad viele Verschwundene gewesen seien oder sogar noch sind. und daß die Kommission systematisch daran gehindert worden sei, diese Kolonie zu besuchen, erhob sich in der regierungsfreundlichen chilenischen Presse ein Protestschrei: Wie kann dieser Herr Ermacora von der chilenischen Regierung verlangen. daß sie gegen das Menschenrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung verstoße und in die Kolonie eindringe, um den Verdacht zu überprüfen! Trotzdem muß die Regierung mit allen Mitteln versuchen, die blutige und brutale Repression der ersten Jahre nach dem Putsch vergessen zu machen. Hauptgrund ist der Fall Contreras.

Dem ehemaligen Chef des Geheimdiensts DINA und engen Mitarbeiter von Präsident Pinochet Gerfral Manuel Contreras wird von den Justizbehörden der USA vorgeworfen, zusammen mit dem Oberst Espinoza und dem Hauptmann Fernández Larios die Ermordung des ehemaligen chilenischen Außen- und Verteidigungsministers Orlando Letelier am 21. September 1976 in Washington geplant zu haben. Die Durchführung des Mordplans lag nach den in den USA bereits vorliegenden Beweisen und Aussagen in der Hand von Michael Townley, einem nordamerikanischen DINA-Agenten und fünf Exilkubanern, von denen zwei inzwischen gefaßt worden sind.

Am 20. September ist nun der Antrag auf Auslieferung von Contreras, Espinoza und Fernández Larios in Chile überreicht worden. Entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten und entgegen allen einschlägigen Bestimmungen der chilenischen Gesetze hat das Oberste Gericht entschieden, daß die Verhandlung über den Auslieferungsantrag geheim und nicht öffentlich sein soll. Damit ist bisher vermieden worden, daß der sehr ausführlich e Auslieferungsantrag bekannt wurde.

Während also die Beweise gegen Contreras nicht bekanntgemacht werden dürfen, stellt die Verteidigung immer abenteuerlichere Theorien auf, um die angebliche Unschuld von Contreras nachzuweisen.
Danach hat sich der sowjetische Geheimdienst KGB des oubanischen
Geheimdienstes bedient, um sich in den US-Geheimdienst CIA einzuschleichen, damit Kontrolle über einzelne Agenten von dessen
"Filiale", dem chilenischen Geheimdienst DINA zu gewinnen und diese
Agenten für eine Mordtat zu gewinnen, deren Urheberschaft dann
auf die chilenische Regierung geschoben werden konnte.

Präsident Pinochet, in dessen alleinige Verantwortung alle Taten der inzwischen umbenannten DINA fallen, wird zu verhindern wissen, daß Contreras ausgeliefert wird, schon weil dieser sein gesamtes Wissen über die Beteiligung Pinochets auspacken könnte. Pinochet muß aber darauf achten, daß die Entscheidung, Contreras nicht auszuliefern, als ein selbständiges Urteil einer unabhängigen chilenischen Justiz erscheint.



Es gibt inzwischen auch konkrete Hinweise darauf, daß die Ermordung des ehemaligen Oberkommandierenden der ohilenischen Streitkräfte General Carlos Prats im September 1974 in Buenos Aires und der Anschlag auf den christdemokratischen Politiker Bernardo Leighton im Oktober 1975 in Rom von demselben Team der DINA vorbereitet und durchgeführt worden sind wie die Ermordung Leteliers. Beide Attentate sind bisher nicht geklärt worden. Der nordamerikanische DINA-Agent Michael Townley, der im April von Chile an die US-Justiz ausgeliefert worden war und für seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit das Versprechen erhielt, nicht wegen anderer Punkte angeklagt zu werden, hat inzwischen mehrfach angedeutet, daß er selbst mit diesen beiden Verbrechen zu tun hatte.

Will Pinochet also nicht nachträglich noch den Nachweis erbringen, daß er zu den Untaten, die ihm indirekt vorgeworfen werden, fähig ist, so muß er sich heute jeder allzu eindeutigen und direkten Unterdrückung der liberalen Menschenrechte enthalten. Das hat in den letzten Wochen und Monaten zu einer erheblichen Ausweitung des Spielraums der öffentlichen Diskussion bewirkt.

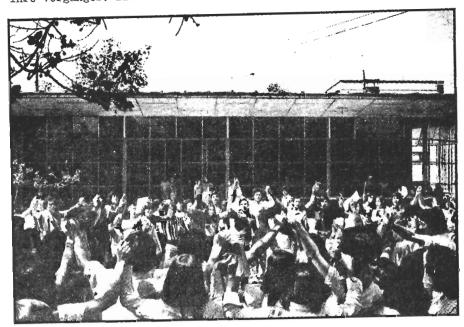
An der Willkür der Entscheidungen der Regierung in praktisch allen Fragen hat das nichts geändert. So wird den meisten politischen Flüchtlingen die Wiedereinreise nach Chile ohne jede Angabe von Gründen verweigert. So wird ein geheim ausgearbeiteter Verfassungsentwurf für eine Volksabstimmung vorbereitet, ohne daß die Bevölkerung Gelegenheit bekommt, über eine verfassunggebende Versammlung selbst am Inhalt der Verfassung mitzuarbeiten. So werden überhaupt alle politischen Fragen von oben entschieden, ohne daß das Volk oder auch nur die Betroffenen gefragt würden.

Der Unterschied zu den vergangenen Jahren besteht vor allem darin, daß ein Teil der Presse und ein zunehmender Teil der Bevölkerung es heute wagen kann, offen zu sprechen, die Sachen beim Namen zu namen, von Willkür, Diktatur, Einmannherrschaft zu sprechen und die Herrschenden auf vielfache Weise lächerlich zu machen. Die Furcht ist bereits so weit gewichen, daß im Land gebliebene führende Vertreter der linken Parteien bereit sein können, der Presse Interviews zu geben. Und die führende Gewerkschaftsorganisation Coordinadora Nacional Sindical kann es sogar wagen, einen offenen Brief an Pinochet zu schreiben, der in Inhalt und Ausdrucksweise kaum von den Erklärungen der chilenischen Linken im Ausland abweicht.

## Die Studentenbewegung

Gegenwärtig geht dieser Prozeß der offenen Diskussion am weitesten in den Universitäten. Mit der offen vorgetragenen Forderung nach Erlaubnis der Durchführung von Solidaritätsveranstaltungen für das kämpfende Volk in Nicaragua und nach stärkerer Beteiligung der Studentenschaft an inneruniversitären Entscheidungen hatte es Anfang September angefangen. Seitdem haben an immer mehr Fakultäten und Schulen der Staatsuniversität (Universidad de Chile ) und der Katholischen Universität spontane Versammlungen stattgefunden, in denen demokratische Wahlen von Studentenvertretern gefordert wurden. Schließlich wußte sich die Universitätsspitze nicht mehr anders als durch ein zögerndes Nachgeben zu helfen. Die bisher von oben eingesetzte Studentenvertretung, die von den meisten Studenten nur verachtet wurde, wurde abgelöst. An ihre Stelle

tritt jetzt eine Konstruktion, die kennzeichnend für das ist, was die führenden chilenischen Militärs - der Rektor der Universidad de Chile ist ein General - unter "verantwortlicher Demokratie" verstehen: In jedem Kurs soll jeder Student das Recht erhalten, dem Präsidenten der Studentenvertretung der Fakultät drei Kommilitonen als mögliche Studentenvertretung der Fakultät den Kommilitonen als mögliche Studentenvertreter zu bezeichnen. Aus den vier meistgenannten Studenten wählt dieser Präsident dann nach seinem Gutdünken zwei aus für die Studentenvertretung der Fakultät. Entsprechend pflanzt sich dieses System der Designation nach oben fort. Das gesamte Verfahren wurde innerhalb von drei Tagen eingeführt. Da von einer echten Wahl keine Rede sein kann, sind die neuen Studentenvertreter bei den Studenten ebenso verachtet wie ihre Vorgänger. Die Studentenversammlungen haben nicht aufgehört.



## 31

## **MEXIKO**

## Hungerstreik für eine Amnesty der politischen Gefangenen

Mexico und der mexicanischen Regierung ist es bisher gelungen. in der Welt den Schein eines demokratischen Landes zu wahren, in dem Meinungsfreiheit und Gerechtigkeit respektiert werden. Zu diesem Eindruck trägt bei, daß Mexico den politisch Verfolgten aus den Militärdiktaturen Argentiniens, Brasiliens und Chiles großzügig politisches Asyl gewährt und daß in der letzten Zeit in der internationalen Presse v.a. Berichte über das ansteigende Wirtschaftswachstum und den zukunftsträchtigen Ölreichtum zu finden sind. Daß es sich dabei tatsächlich um einen Schein handelt, der mit dem Alltag vieler Mexicaner nichts zu tun hat, zeigt eine zunehmende Anzahl von Berichten über das Elend eines großen Teils der Bevölkerung, der arbeitslos ist, über verschwundene Personen, über Folterungen in Gefängnissen und über politische Attentate. Die Streiks an der Universität von Oaxaca und an der Nationalen Universität in Mexico D.F. (vgl. LAN 51, 56 und 58) deuten ebenso wie der hier geschilderte Hungerstreik von Angehörigen politischer Gefangener und Verschwundener darauf hin, daß hinter der liberalen Fassade Auseinandersetzungen um die tagtäglichen Freiheiten im Gange sind. Die Technokraten und Bürokraten der "Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI), der scheinliberalen Oppositionsparteien und der rechtlichen Institutionen sorgen dafür, daß solche Informationen nicht nach außen dringen.

In Zukunft soll in den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN nicht nur gelegentlich über spektakuläre Aktionen wie den Hungerstreik berichtet werden. Um die Widersprüchlichkeiten der mexicanischen Politik und die Auseinandersetzungen, die auch in den
Betrieben und auf dem Land geführt werden, zu begreifen,ist es
notwendig, sie auch im Zusammenhang mit den neueren Entwicklungen in Mexico zu analysieren. Dies wollen wir mehr als bisher tun.

Studenten. Arbeiter und Bauern, die gegen Elend, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit protestieren, werden verfolgt, gefoltert und in geheimen Gefängnissen des Militärs jahrelang festgehalten, ohne daß Familienangehörige Möglichkeiten haben, ein gerechtes gerichtliches Verfahren einzuleiten. Die berüchtigten "Brigadas blancas" - Anti-Gerillero-Truppen des Staates -, die "Guardias Blancas" und die Pistoleros - der private Schutz der immens reichen Großgrund-und Fabrikbesitzer - sorgen ständig dafür, daß es zu bewaffneten Begegnungen mit vorgebliche "Guerilleros" kommt, um bei dieser Gelegenheit gegen die jenigen vorzugehen, die es wagen, anders zu denken, und sie zu ermorden. Die "Andersdenkenden" sind keinesfalls bewaffnete Guerilleros. sondern vor allem einfache Menschen, die das im Gesetz verankerte Recht auf Streik und Organisation ernstnehmen und entdecken müssen, daß die staatlichen Institutionen und die Gewerkschaften ihre Interessen mit Füßen treten. Das Heer der

Gewerkschaften ihre Interessen mit Füßen treten. Das Heer der Arbeitssuchenden bietet der Privatindustrie die Möglichkeit, gesetzlich festgelegte Mindestlöhne willkürlich zu unterlaufen und die berechtigten Forderungen der angestellten Arbeiter, die in Streiks und Organisation am Arbeitsplatz versuchen, sich Gehör zu verschaffen, zu ignorieren. So wurden in Salina Cruz mehr als 200 Arbeiter fristlos entlassen, weil sie höhere Löhne und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft verlangten. Die Schiffskompanie MESA, die mit nordamerikanischem Kapital arbeitet und in die USA exportiert, wurde bei ihrem Vorgehen bedingungslos vom Staat unterstützt.

## Gründung des Komitees

Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Repression durch Polizei und Militär wurde 1977 ein Komitee für die Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten und Verschwundenen gegründet, das "Comité pro-defensa de presos, perseguidos, desaparecidos y exiliados politicos". Das Komitee setzt sich nicht. wie zu vermuten wäre, aus politisch Aktiven zusammen, sondern aus deren Familienangehörigen: Müttern und Ehefrauen. Diesen Frauen geht es nicht um politische Auseinandersetzungen, um diese oder jene Organisation oder Partei. Sie fordern die Einhaltung der Menschenrechte auch für politische Gefangene, ein gerechtes, ziviles Gerichtsverfahren und Bekanntgabe derjenigen. die in geheimen Gefängnissen gefangen gehalten werden. Hinter den allgemeinen Forderungen der Frauen steht das Problem der materiellen Existenz der ganzen Familie, da die Männer meist die einzigen sind, die mit ihrem Verdienst die Familie ernähren.

Auf dem Weg, den jede einzelne hinter sich hat, bei den Bitten um Aufklärung über die Vermißten, auf dem Gang durch unerbittliche Institutionen, in denen viel gesagt und nichts getan wurde, haben sie sich als Leidensgenossinnen gefunden. Die Unterstützung, die ihnen von den Oberen verweigert wurde, konnten sie sich nur untereinander geben. Schließlich ist ihre gemeinsame Erfahrung des Schweigens und der Scheinheiligkeit einer gewalttätigen Gesellschaft in Empörung umgeschlagen. Sie haben versucht, nicht mehr nur einzeln um Anhörung ihrer Probleme zu bitten, sondern sind mit der Anprangerung der Vergewaltigung von Menscherrechten dazu übergegangen, um die vom Staat rechtlich verankerten Rechte zu kämpfen.

Ihren Forderungen konnten sich viele anschließen, vor allem



auch, weil jetzt 10 Jahre seit der großen Bewegung von 1968 vergangen sind, die bei dem Massaker von Tlatelolco Hunderten das Leben gekostet hat. Diese Toten leben im Bewußtsein vieler weiter. Sie sind zum Symbol einer Freiheit geworden, die auch unter der Herrschaft von Lopez Portillo mit Füßen getreten wird. Das "Comité" der Frauen war imstande, viele der zersplitterten Linken anzusprechen und eine Bewegung zu initieren, die mit der Forderung nach einer Ammestie für alle die Hoffnung auf eine gerechtere Welt verkörpert.

## Demonstration für die Verwirklichung der Menschenrechte

Im Juli 1978 wurden mehr als eine Million Unterschriften gesammelt, um mit diesen von Präsident Lopez Portillo den Entwurf für ein Amnestie-Gesetz zu fordern. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, einigten sich Stüdenten, Arbeiter und politische Führer von Parteien und Gewerkschaften auf eine große Demonstration in der Hauptstadt. Der Demonstration schlossen sich alle zur selben Zeit Streikenden mit ihren Forderungen an: die Minenarbeiter von Nacozan, die Angestellten des Krankenhauses, in das die Polizei eingedrungen war, um nicht nur sie, sondern auch die Patienten zu verprügeln. Die Demonstranten forderten eine Amnestie für 600 politische Gefangene, für 367 Verschwundene und für 56 Exilierte. Und als auch bei einer zweiten Demonstration am 24. August der Präsident und der Generalstaatsanwalt nur vertrösteten und sogar behaupteten, es gebe keine politischen Gefangenen im demokratischen Mexico, begannen die Frauen mit dem Hungerstreik.

## Hungerstreik im Staat Oaxaca

Schon am 27. Juli 1978 hatten 25 Frauen in Juchitan / Oaxaca einen Hungerstreik begonnen, um die Herausgabe des spurlos verschwundenen Bauern Laureano Luis und von Victor Pireda Henestrosa zu fordern. Der letztere war bei den Gemeindewahlen als Kommissar für Landverteilung eingesetzt worden und ist außerdem einer der Führer der "Coalición Obrero Campesino Estudiantil del Istmo" (COLEI), einer unabhängigen Organisation von Arbeitern, Bauern und Studenten. Die Willkür, mit der die beiden Verschollenen auf offener Straße von der Sicherheitspolizei ergriffen wurden, veranschaulicht die Gefahr, die denjenigen droht, die mit dem Kampf um ihr kommunales Land zum Hindernis für übermächtige Interessen von Großgrundbesitzern und der mit diesen zusammenarbeitenden internationalen Bourgeoisie aus den USA werden. Für diese ist der Isthmus von Tehuantepec nicht nur wegen seiner Bodenschätze, sondern auch wegen seiner strategischen Lage von Bedeutung. Hier soll eine Eisenbahn gebaut werden, die zwei Meere - den Golf von Mexico mit dem Pazifik - miteinander verbindet und damit die Interessen der USA vom Panama-Kanal nach Mexico verlagert. Die indianischen Bauern, die das Land um den Isthmus herum bewirtschaften und mit der Ernte ihre Familien ernähren, werden vertrieben und diejenigen, die sich organisieren, um sich gemeinsam gegen den Landraub zu wehren, werden vom Militär beiseite geschafft.

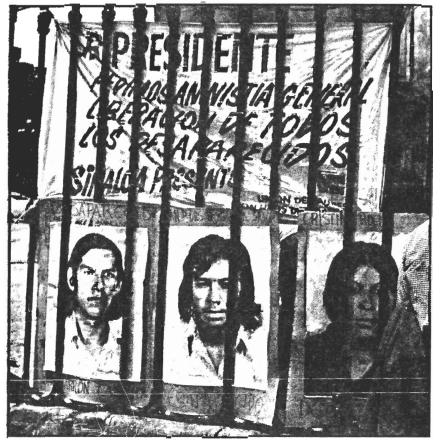
Großgrundbesitzer wie der Kazique Francisco Rasgada sichern ihre private Macht durch "pistoleros" ab, die die Hütten der Indianer und Campesinos niederbrennen, Obstbäume abholzen und auch bei sich bietenden Gelegenheiten Menschen niederschießen. Die Familienangehörigen der Verschollenen wissen meist nicht, wie sie ohne die finanzielle Unterstützung der Männer überleben sollen. Die Frauen von Juchitan, die zum Teil von dem einst matriarchalischen Stamm der Zapotecen sind, sahen in dem Hungerstreik die einzige Möglichkeit, um sich gegen die immer bedrohlicher werdende Repression zu wehren und ihre Männer zurückzufordern.

Schließlich zogen die Frauen, als die zuständigen Behörden in Juchitan ihnen kein Gehör schenkten und die Tatsachen abstritten, am 5. August vor das Gebäude der UNO nach Mexico-City. Zu ihnen gesellten sich Frauen aus dem Staat Guerrero, in dem das Militär seit Jahren die gleiche Repression ausübt wie in Oaxaca. Als der Hungerstreik vor dem UNO-Gebäude am 15. August mehr als 40 Personen umfaßte, begannen die staatlilchen Stellen endlich, darauf zu reagieren: Soldaten und weibliche Polizisten

luden die Streikenden mit Gewalt in Busse und verschleppten sie in andere Gegenden Mexicos.

## Hungerstreik vor der Kathedrale von Mexico

Aber die Forderungen der Verzweifelten sind damit nicht zum Verstummen gebracht worden: am 27. August organisierten die Frauen vom "Comité" einen neuen Hungerstreik mit 82 Familien-angehörigen vor der Kathedrale am "Zocalo", dem alten Platz in der Mitte der Hauptstadt. Dieser Hungerstreik wurde mit seiner Forderung nach "Ammestie für Alle" von vielen unabhängigen Gewerkschaften, linken Organisationen und Parteien unterstützt. Die Mütter und Ehefrauen der politischen Gefangenen kamen aus 5 Staaten Mexicos zum Streik auf den Zocalo . Ihre Männer waren in den Verdacht geraten, "Aktivisten", "guerilleros", "subversive Elemente" zu sein oder man beschuldigte sie, sie wären mit derartigen "Elementen" in Berührung gekommen. Oft haben nicht nachgewiesene Behauptungen und Denunziationen von Nachbarn ausge-



reicht, um das Verschwinden der Männer zu bewirken und deren Familien dem Elend zu überlassen. So wurden vier Söhne von Delia Duarte aus dem Staat Mexico im Juni letzten Jahres von den "brigadas blancas" verschleppt, die beiden jüngeren Söhne aber wieder freigelassen. Die Schwiegertochter Maria de los Angeles wurde auch dabehalten und über den entkleideten toten Körper ihres Ehemannes gestoßen, um ihn zu identifizieren. Als sie im September freigelassen wurde, starb sie wenig später an den Folgen der Folter. Der älteste Sohn der Familie, Rafael Ramirez Duarte, Student und als Ältester der einzige, der mit seinem Einkommen die Familie ernährte, wird noch im Campo Militar No. 1 festgehalten. Auf der Suche nach ihm hat Delia einen Rechtsanwalt konsultiert, der von ihr 10 000 Pesos (ca. 1000 DM) ohne Quittung "für seine Hilfe" verlangte. Delia borgte sich das Geld zusammen, um dann vom Rechtsanwalt kurz nach Übergabe der Summe zu erfahren, daß dieser sich mit der Angelegenheit doch lieber nicht die Hände schmutzig machen wolle. Von dem Geld hat sie selbstverständlich nichts wiederbekommen.

Unter den Frauen am Zocalo hatte sich wieder ein großer Teil aus Guerrero eingefunden, wo seit 1974 Soldaten auf der Suche nach dem Guerillero Lucio Cabanas durch die kleinen Dörfer in den Bergen ziehen und willkürlich die Einwohner der Zusammen-arbeit mit ihm beschuldigen. So wurde der Mann von Angelina Reyes de Loza, der als Kommissar für die Verteilung des Landes gewählt worden war, aus der Schule, in der er unterrichtete, herausgeholt. Angelina hat vergeblich überall nach dem Verbleib ihres Mannes gefragt und bei den Gewerkschaftsmitgliedern um Hilfe bei der Suche gebeten. Aber diese hatten Angst, sie zu begleiten, weil sie fürchteten selbst in Gefahr zu gematen. Von einem entlassenen Häftling hörte sie dann, daß ihr Mann noch in dem geheimen Teil des Gefängnisses von Guerrero lebt. Diesem Häftling hatte man gedroht, ihn zu töten, wenn er etwas darüber erzählen würde.

Am 2. September, nach fünf Tagen Hungerstreik, kündigte Präsident José Lopez Portillo das Gesetz über die Amnestie für die Gefangenen und "profugos" an. Es verlangt als Bedingung für die Freilassung der Gefangenen, daß diese sich selbst als "Straffällige" bezeichnen und anerkennen, daß jede politische Tätigkeit außerhalb von Wahlen - sei es das Verteilen von Flugbättern, seien es Streiks oder Landbesetzungen - illegal ist. Außerdem haben der Gouverneurvon Oaxaca, Eliseo Jiminez Ruiz, und der Gouverneur von Guerrero, Ruben Figueroa, schon behauptet, in ihren Staaten gäbe es keine politischen Gefangenen. Sie werden sich also von dem Gesetz nicht betroffen fühlen.



37

Die beiden nachstehenden Briefe belegen zweierlei: - Die Haftbedingungen für politische Gefangene in mexicanischen Gefängnissen verletzen die Menschenrechte. - In Europa sehen die Solidaritätsgruppen das Problem und beginnen mit einer Informations- und Briefkampagne. Der "Offene Brief an Präsident Lopez Portillo" wurde vom Lateinamerika-Komitee München entworfen. Die Leser der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN sind eingeladen, sich der Brief-Kampagne anzuschließen. OFFENER BRIEF EINER GEFANGENEN-GRUPPE AUS MEXIKO

An: Herrn Präsidenten der mexikanischen Republik Mexiko, D.F. Juli '78

- Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen
- die öffentliche Meinung -

Mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie, Herr Präsident der Republik, mit dem Ziel, Ihnen unser Gesuch zukommen zu lassen, weil wir ungerechtfertigterweise von dem Gefängnis von Oblatos zum Gefängnis von Sta. Marta Acatitla verlegt worden sind, wo wir uns derzeit befinden.

Bevor wir unser Gesuch an Sie richten, möchten wir eine kurze Darstellung der Willkür und der Verletzungen der Menschenrechte, denen wir ausgesetzt sind, vorausschicken.

- 21. Oktober 1977: Wir wurden einer Behandlung mit Tränengas und Schlägen ausgesetzt, als wir von dem Gefängnis von Oblatos zum Militärlager Nr. 1 gebracht wurden. "Ihr werdet sterben, ihr Hurensöhne", schreien uns die Militärs an, sie simulieren eine Erschießung.
- 28. Oktober 1977: Wir werden vom Militärlager in das Gefängnis von Sta. Marta Acatitla überführt. Dort werden wir von Herrn Doktor Victoriano Navarro (Sicherheitschef des Gefängnisses) und dem Major Loza empfangen, die uns ein unangenehmes Dasein in dieser Anstalt versichern. Nachdem wir den ganzen Tag nichts zu essen bekommen haben, hört man um 21 Uhr Schreie: "Auf sie! Man muß sie töten!", usw. Wir werden einem Flaschen-und Steinehagel ausgesetzt. Kurze Zeit danach kommt der Chef der Wache, Oberstleutnant Enrique und erkundigt sich nach unserem Befinden. Nach einer zufriedenstellenden Antwort unsererseits entfernt er sich mit den Worten: "Fast hättet Ihr Euch getötet".
- 29. Oktober 1977: Endlich werden uns Essen und Familienbesuch gewährt. Wir nutzen diese Gelegenheit, um auf die ungerechte Überführung hinzuweisen, worauf Dr. Navarro erklärt: "Das geht mich nichts an".

Nach einigen Tagen besucht uns ein Rechtsanwalt, der uns mitteilt, daß ein Schutzgesuch für uns eingereicht wurde, gegen Folter, Isolierung und Todesstrafe ohne vorangegangenen Prozeß. Dem Gesuch wird jedoch nicht stattgegeben. Die Gefängnisleitung fälscht Fotos als Beweise, die 'bezeugen', daß wir uns in einem guten Zustand befinden, daß wir unsere täglichen Spaziergänge im Freien machen können usw.

10. Dezember 1977: Ein Zellenwechsel findet statt. In der neuen Zelle erhalten wir fünf Tage nichts zu essen und werden 72 Stunden einer Folter durch elektronische Geräusche ausgesetzt. Die Leitung rechtertigt diese Zustände mit dem Vorwand, wir hätten die Alarmanlage ausgelöst und das Essen fortgeworfen. Die Repression geht weiter

und der Besuch unserer Pamilien, die von Guadalajara kommen, wird nicht gestattet. Endlich, nach einer Woche, dürfen wir den Besuch empfangen, aber unter strenger Aufsicht, damit unsere Haftbedingungen (Folter, Nahrungsentzug, Isolierhaft) und unsere Situation hier in der Anstalt nicht zur Sprache kommen.

Nach dem Besuch werden wir wieder in unsere Zellen gesperrt, unter Todesdrohungen, die nicht nur uns gelten, sondern auch unseren Familien. (Dieser Art von Drohungen werden wir auch gegenwärtig ständig ausgesetzt.)

Um diese Behandlung zu rechtfertigen, wird uns gesagt, daß die Befehle von oben, vom Staatssekretariat kommen, sodaß jegliche Beschwerde wirkungslos sein würde.

Januar 1978: Die Zeit vergeht, ohne daß wir die Zelle verlassen dürfen, ohne Spaziergänge und Lektüre, ohne Arbeit und mit unregelmäßigem Essen(...).

März 1978: Wir dürfen höchstens vier Stunden der Woche Spaziergänge im Freien machen. Wir erhalten von Unbekannten Besuch, von denen wir bestaunt werden, als wären wir wilde Tiere in Käfigen. Sogar eine Gruppe von Kindern wurde an unseren Zellen vorbeigeführt. Es kam bei diesen Besuchen zu keinerlei Wortwechsel. Keiner schenkte uns wirkliche Aufmerksamkeit.

April 1978: Wir müssen Füllfederhalter zusammenbauen wie Plastikspielzeuge, in einer Menge von 80 000 Stück, ohne irgendein Entgelt dafür zu erhalten.

Mai und Juni 1978: Wir glauben, daß wir durch unser Verhalten in der Zeit, die wir bisher hier verbrachten, gezeigt haben, daß wir menschliche Wesen sind, zivilisierte Personen, die die beschriebenen Haftbedingungen nicht verdienen. Dies haben wir desöfteren unseren Wachen mitgeteilt, doch eine Verschärfung der Repression war ihre Antwort.

Im Verlauf dieser Monate dauern die beschriebenen Zustände, wie die Todes drohungen an. Außerdem teilen uns die Wachen mit, daß sie durch unseren Tod befördert würden.

All das zwingt uns, diesen Brief zu schreiben, um unsere Situation bekannt zu machen und kundzutun, daß wir es nicht schweigend hinnehmen werden, daß unser Leben zum politischen Sprungbrett für korrupte Funktionäre dient, die versuchen, uns unter irgend einem Vorwand zu ermorden.

Wir beteuern immer wieder unsere Unschuld in bezug auf die blutigen Geschehnisse vom 10. Oktober 1977 im Gefängnis von Cblatos,(die als Vorwand für unsere Überführung benutzt wurden), und weisen nochmals auf die Schuld von Pedro Parras Zenteno, Ex-Direktor des Gefängnisses von Oblatos und vom Untersuchungsausschuß dieser Geschehnisse hin.

Daher möchten wir folgendes Gesuch an Sie richten:

Wir bitten Sie, Herr Präsident der Republik, unsere Erschießung anzuordnen, da die Lage, in der wir uns befinden, unerträglich ist und wir deshalb eine Erschießung vorziehen, anstatt weiterhin die unmenschliche und ungerechte Behandlung ertragen zu müssen. Es ist noch anzumerken, daß einige von uns die Strafe schon abgebüßt haben und andere kurz davor sind. Trotz dieser Tatsache sehen wir uns gezwungen, unsere Erschießung zu beantragen, da die ständigen Verletzungen unserer Menschenrechte und die Unhaltbarkeit der Situation, in der sich die Unterschreibenden befinden, unerträglich

Für Ihre Aufmerksamkeit dankt Ihnen hochachtungsvoll ...

gez. Unterschriften

#### OFFENER BRIEF AN PRASIDENT LOPEZ PORTILLO

Innerhalb großer Sektoren der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland gilt Mexiko als ein Land, in dem die Menschenrechte nicht mir Füssen getreten werden wie in Argentinien oder in Chile, um zwei Beipsiele der letzten Zeit zu nennen. Dieses Bild beginnt sich aufgrund von Nachrichten Betroffener wie auch anerkannter internationaler Organisationen (Amnesty International, The International League for Human Rights, Le Mouvement International des Juristes Catholiques Pax Romana, La Federation Internationale Des Droits De L'Homme) zu trüben. Die neuesten Berichte über die Folter in mexikanischen Gefängnissen zwingt uns, an dem Bild zu zweifeln, welches hier von Mexiko gepflegt wird, d.h. eines Landes, das bemüht ist, einen demokrati-

schen Weg zu finden. Wir glauben nicht, daß Folterungen zur Lösung irgendeines der schwerwiegenden Probleme Mexikos führen, wie auch nicht, daß deren Ende eine Zuspitzung der Situation auslöst. Die Beispiele Argentiniens und Chiles zeigen dies deutlich. Es gibt keine Grund, auch nicht pragmatischer Natur, der die Folter rechtfertigen könnte. Keinen!!!

Eine energische und direkte Intervention Ihrerseits würde auf jeden Fall positiv sein, sowohl für die aktuelle Situation als auch für die unmittelbare Zukunft Ihres Landes. Wir verlangen die sofortige Beendigung der Folter und die Entlassung der Folterer.

Radikale Maßnahmen seitens der demokratischen Institutionen Mexikos sind notwendig, damit dieses Land nicht das Chile oder Uruguay von morgen wird. Auch diese L änder konnten auf eine lange demokratische Tradition zählen.

In bezug auf die neuesten Entwicklungen in Mexiko fordern wir im Namen der Menschenrechte umd der mexikanischen Verfassung eine menschenwürdige Behandlung der politischen Gefangenen Mexikos, insbesondere derjenigen, die von der Strafvollzugsanstalt von Oblatos nach Sta. Marta Acatitlan überführt worden sind.

Hochachtungsvoll . . .

Adresse: An den

Präsidenten der Republik Mexico

C. Presidente de los Estados Unidos Mexicanos Lic. José López Portillo

Palacio Nacional

Mexico D.F.

## **PERU**

## Kongresse der CCP und der CGTP

In den letzten Wochen fanden die nationalen Kongresse zweier Organisationen statt, die eine entscheidende Rolle in den Klassenkämpfen der vergangenen Jahre gespielt hatten und auf denen wichtige Entscheidungen für die Entwicklung der Massenbewegung in Peru getroffen wurden: in der indianischen Dorfgemeinschaft Equecochacan in der Nähe von Cuzco führte der linksrevolutionäre Bauern- und Landarbeiterverband CCP vom 26.-29. August seinen V. Kongreß durch; und in Limatrafen sich die Delegierten der CGTP, des bedeutendsten gewerkschaftlichen Dachverbandes Perus, am 27./28. September ebenfalls zu ihrem V. Nationalkongreß.

## Fünfter Kongreß der CCP

Der Kongreß fand in einer Situation dtatt, die dadurch gekennzeichnet war, daß die Bauernbewegung in den letzten Jahren stark an politischem Gewicht verloren und sich das Zentrum der Klassenkämpfe in den städtischen Sektor verlagert hatte. Einer der Gründe für den Rückgang der Bauernbewegung lag in der Krise der CCP, der einzigen autonomen Bauernorganisation während des Militarreformismus. Die CCP war bereits 1947 gegründet und 1974 reorganisiert worden. Ein kleiner Teil der Basisgruppen hat jedoch die Reorganisation nicht mitgetragen und eine parallele, jedoch gänzlich unbedeutende "CCP" gebildet. 1974/75 waren unter Anleitung der CCP, deren Führung von verschiedenen linksrevolutionären Tendenzen gestellt wird, großangelegte Landbesetzungen durchgeführt worden. Die darauffolgende Repression und eine politische Führungskrise bewirkten einen starken Rückgang der Aktivitäten der CCP. Gleichzeitig erfolgte eine Umstrukturierung der Basis der CCP. wodurch neue Aktionsbedingungen geschaffen wurden. Bislang waren in der CCP vor allem die Agrarorganisationen der nördlichen Küstenebend und nur einiger Hochlandregionen (Cajamarca, Andahuaylas) repräsentiert gewesen. In letzter Zeit hatten sich jedoch zahlreiche indianische Dorfgemeinschaften der mittleren und südlichen Sierra in den Verband integriert. Ein Ausdruck für diese Umstrukturierung kann darin gesehen werden, daß nach mehreren Jahren erstmals nationale Treffen im Hochland, und nicht in der Küstenregion, stattfanden.



4

Schon vor diesem Kongreß gab es Anzeichen, die auf eine tendenzielle Überwindung der Schwäche der Bauernbewegung deuteten. Ausdruck davon war auch die massive Beteiligung von ca. 800 Delegierten aus den verschiedenen Regionen des Landes. Auf dem Kongreß artikulierten sich im wesentlichen zwei Tendenzen, beide jedoch innerhalb des linksrevolutionären Spektrums. Die von den beiden Parteien Vanguardia Revolucionaria (Mavoría) - die den Generalsekretär Andrés Luna Vargas stellt und MIR-IV. Epoca dominierte Tendenz rechtfertigte grundsätzlich die bisherige Linie und Politik der CCP. Eine oppositionelle Strömung.von PCR-Clase Obrera und VR(Minoria) geführt, warf der CCP-Führung Reformismus und Bürokratismus vor, konnte jedoch in den entscheidenden Abstimmungen nur 15-20 % der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen. Die Mehrheitsposition wurde auch von einer großen Anzahl welterer linker Parteien (PSR-Aragón, PC-Mayoría, MIR-Voz Rebelde, PCR-Trinchera Roja, etc.) mitgetragen, die jedoch kaum Einfluß in der CCP besitzen. Ein wichtiger Beschluß des Kongresses bestand darin, daß ein Aufnahmeantrag an die CGTP gestellt werden sollte, um somit die vielbeschworene Allianz zwischen Arbeitern und Bauern voranzutreiben. Das zentrale Thema des Kongresses war jedoch die Einheit der Bauernbewegung, die durch die neueste Entwicklung der CNA - der anderen großen Agrarorganisation - aktuell geworden war (s. LA-Nachr. Nr.61). Während die CCP schon seit Beginn des reformistischen Militärregimes in militanter Opposition zu diesem gestanden hatte, war die CNA einst von den Militärs als Unterstützungsorgan ihrer Politik auf dem Lande gegründet worden. Mit zunehmender Rechtsentwicklung des Militärregimes und dem erkennbaren Scheitern der Agrarreform war die CNA jedoch zusehends in Opposition zu den herrschenden Militärs geraten und hatte einen raschen Radikalisierungsprozeß erfahren. Durch diese Entwicklung waren die Voraussetzungen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit bis hin zur organisatorischen Einheit geschaffen worden. Ein Dokument. das die Schritte der organisatorischen Vereinigung von CNA und CCP festlegt. wurde vor einer Versammlung von 10000 Personen in Cuzco von den beiden Führern Avelino Mar und Andrés Luna Vargas unterzeichnet.



Agustin Haya, Aragon, Diez Canseco, Avelino Mar, Luna Vargas und Hugo Blanco in den Straßen von Cuzco

Wegen der zentralen Bedeutung, die dieser Schritt für die peruanische Bauernbewegung hat, drucken wir im folgenden den Wortlaut der Grundsatzerklärung zur Vereinigung von CCP und CNA ab:

- M. Der Kampf um die klassenbewußte Unabhängigkeit der Bauernschaft und gegen die staatliche Kontrolle der Bauernorganisationen sowie für die Abschaffung der Gesetzesdekrete, die einer klassenbewußten Unabhängigkeit der Bauernschaft entgegenstehen.
- 2. Die einheitliche und von der Basis ausgehende Zentralisierung, die sich im Kampf um das Land, gegen die Ausbeuter unseres Landes, gegen seine Militärdiktatur und die übrigen Statthalterregierungen im Kampf gegen den Imperialismus und im Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern herausbildet, mit dem Ziel, die Macht zu erringen und die nationale und soziale Befreiung auf dem Wege zum Sozialismus zu verwirklichen.
- 3. Die Gründung von Comités zur Koordination von CCP und CNA auf sämtlichen Organisationsebenen, mit dem Ziel, die Bauernkämpfe einheitlich voranzutreiben und zu lenken, um die Volksbewegung kraftvoll zu stärken. CNA und CCP rufen sämtliche anderen Bauernorganisationen dazu auf, sich an diesem Einigungsprozeß zu beteiligen.
- 4. Die Stärkung der Bauernorganisationen auf der Grundlage klassenkämpferischer Positionen und Organisationsformen, unter Vermeidung von Parallelismen und Kräftezersplitterung, um so fähig zu sein, ums von der Basis her zu vereinen und zur Durchführung eines Vereinheitlichungskongresses zu gelangen.

Cuzco, Samstag, den 2. September 1978 Andrés Luna Vargas Generalsekretär der CCP Avelino Mar Arias Präsident der CNA."

## Kongreß der CGTP

Dieser gewerkschaftliche Dachverband war 1968 gegründet worden und hatte sich in kurzer Zeit zur mächtigsten Gewerkschaftsorganisation des Landes entwickelt. Die CGTP umfaßt 40-50 % der gewerkschaftlich Organisierten und hat ihre Hauptbasis bei den Arbeitern und Angestellten des Industriesektors. Schon seit der Gründung der CGTP hatte die nationale Führung des Verbandes ausschließlich in den Händen der Moskau-orientierten Kommunistischen Partei (PC-U) gelegen. Getreu der politischen Linie dieser Partei hatte die CGTP weitgehend das reformistische Modell der Militärregierung unterstützt. An der Basis der CGTP. vor allem in wichtigen Industrieföderationen, hatten sich mit zunehmender Verschärfung der Klassenkämpfe linksrevolutionare Tendenzen herauskristallisiert, die jedoch nie in der Lage waren, die Dominanz der PC in der nationalen Führung in Frage zu stellen. Doch die Spaltung der PC im Dezember 1977, die eine ihrer Hauptursachen in der unterschiedlichen Einschätzung des nationalen Streiks vom 19. Juli 1977 hætte, schlug voll auf das nationale Führungsgremium der CGTP durch, Eine knappe Mehrheit des nationalen Rates verblieb in der gemäßigteren PC-Unidad, während eine starke Minderheit mit Einfluß v.a. auf die militanten Gewerkschaften der CGTP sich in der radikaleren PC(Mayoria) organisierte. Dieser Sektor koordinierte seine Politik mit den Gewerkschaftssektoren innerhalb und außerhalb der CGTP, die der revolutionären Linken nahestehen. Diese Situation führte zu schweren Spannungen, bis hin zu physischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Tendenzen. Die PC(U) benutzte in manipulatorischer Form ihre Kontrolle über den CGTP-Apparat, um wichtige oppo43

sitionelle Gewerkschafter aus dem Führungsgremium auszustoßen. Diese permanente Auseinandersetzung konnte nur in seltenen Fällen – so bei der Durchführung der beiden 48stündigen Generalstreiks im Februar und Mai dieses Jahres-kurzfristig ausgeklammert werden.

Dank der Kontrolle des CGTP-Apparates konnte die PC(U) entscheidenden Einfluß auf Auswahl und Bestimmung der Delegierten für den V.Kongreß der CGTP am 27./28. Sept. nehmen, zumal der Block der linken Opposition keine kohärente Strategie gegen das undemokratische Vorgehen der PC(U)-Gewerkschaftsführer entwickeln konnte. In einer Reihe von Fällen wurden Parallelföderationen geschaffen, Delegationen aufgebläht und oppositionelle Delegationen gekürzt. Trotz dieser Behinderungen stellte der Block der oppositionellen Linken ca. ein Drittel der über 400 Kongreßdelegierten. Harte Auseinandersetzungen wurden um die Frage des Eintritts neuer Organisationen in die CGTP geführt: CCP sowie andere, bislang unabhängige nationale Gewerkschaftsorganisationen hatten Aufnahmeanträge gestellt. Diese wurden von der PC(U)orientierten Mehrheit des Kongresses abgeschmettert. wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Eintritt dieser Organisationen, deren Führungen der revolutionären Linken nahestehen, das Kräfteverhältnis innerhalb der CGTP entscheidend zuungunsten der PC(U) verändert hätten. Bei der Wahl zum neuen Vorstand setzte sich erwartungsgemäß die PC(U) durch, der revolutionären Linken wurde keinerlei Repräsentanz ein-



Als Ergebnis des Kongresses kann festgehalten werden, daß zwar die organisatorische Einheit der CGTP erhalten blieb, jedoch die politische Spaltung eher noch vertieft wurde. Während der PC(U)-Einfluß sich mehr auf Gewerkschaften in ökonomisch schwächeren Sektoren erstreckt, jedoch den CGTP-Apparat kontrolliert, dominiert die oppositionelle Linke in den Gewerkschaften der Schlüsselsektoren der peruanischen Wirtschaft und erhält auch Rückhalt von Föderationen, die nicht der CGTP angeschlossen sind. Mit dem Schritt, die Führung der CGTP ausschließlich mit eigenen Leuten zu besetzen und die Opposition zu marginalisieren, sowie Organisationen den Eintritt in die CGTP zu verwehren, betreibt die PC(U) eine sektiererische und für die Einheit der peruanischen Gewerkschaftsbewegung gefährliche Politik.

## **BOLIVIEN**

### Die düstere Bilanz einer Diktatur

Nur drei Monate nach Banzers unsanftem Abgang vom Präsidentenstuhl breitet sich in Bolivien ein Klima der schrankenlosen und harten Kritik am Ex-Diktator auf allen Ebenen und in allen Bereichen aus. Dies betrifft vor allem die Fragen der Wirtschaftspolitik, der Verhandlungen mit Chile über einen Meereszugang und der Bildungspolitik.

## Das Spiel mit dem Meereszugang

Jeder Bolivianer lernt im Geschichtsunterricht, wie Chile in Verbindung mit England 1879 Bolivien in einem imperialistischen Krieg seiner salpeter- und kupferreichen Gebiete am Pazifik beraubt hat. Seit dieser Zeit machten es sowohl die von dem Landraub ebenfalls betroffenen Peruaner als auch die bolivianischen Politiker immer wieder zur Maxime ihrer Politik, die Gebiete spätestens bis zum 100. Jahrestag des Kriegsendes zurückzugewinnen. Für Bolivien handelt es sich dabei nicht nur um ein rohstoffreiches Gebiet von der Größe Süddeutschlands, sondern auch darum, die alte Verbindung mit dem Meer wiederzuerlangen.

Obwohl der Meereszugang ein legitimes Interesse der gesamten bolivianischen Nation darstellt, haben die verschiedenen bolivianischen Bourgeoisien immer wieder dieses Thema besonders in Zeiten hochgespielt, wo sie infolge eigener Schwäche Ablenkungsmanöver für das Volk gebrauchen konnten. Dies ist auch jetzt – ein halbes Jahr vor Ablauf der magischen 100 Jahre – wieder der Fall. Die Bourgeoisie steckt in einer starken wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise, aber die Zeitungen sind voll von Spekulationen, Träumereien und Planspielen zum Problem des Meereszugangs.

Mitte September wurde die "1. Nationale Versammlung für die Wiedereingliederung des Meeresgebietes" in Cochabamba zusammengerufen. An dieser 5 Tage dauernden Arbeitstagung nahmen 80 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, 49 einschlägige Institutionen, 13 ehemalige Außenminister und sogar 6 Expräsidenten teil. Der einzige und von den bourgeoisen Initiatoren dieser Tagung nicht geladene Repräsentant war Ex-Präsident Hugo Banzer Suarez! An dieser Einladungspolitik zeigt sich der Unmut gegenüber Banzers Chile-Politik, der sich nicht nur im Militär in den letzten Jahren angestaut hat. Heute wird Banzer offensichtlich vorgeworfen, daß er solange und unter Preisgabe wichtiger bolivianischer Interessen mit dem chilenischen Staatspräsidenten Pinochet verhandelt hat, der doch in einer geostrategischen Schrift davon gesprochen hatte, daß Bolivien keinen Sinn in der Mitte des Kontinents habe. Die Gespräche mit Pinochet seien umso gravierender, da Pinochet von dieser, die Existenz Boliviens in Frage stellenden Lehrmeinung, als Offiziersausbilder niemals abgerückt sei.

Die in Cochabamba Versammelten wiesen sogar mit auf Banzer gemünzten Sätzen darauf hin, daß es in Bolivien ja Strafgesetze für Landesverräter gebe, die man in Zukunft werde anwenden müssen...



Zu den in dieser Versammlung geäußerten Meinungen gehörte auch, daß das Problem des Meereszugangs nur von einer verfassungsmäßigen Regierung gelöst werden könne - .

Der Chile-Haß wurde in letzter Zeit auch dadurch genährt, daß das chilenische Militärregime Grenzmarkierungen um 3 km zuungunsten Boliviens verlegt und das so eroberte Gebiet mit Hilfe eines Minengürtels gesichert hat.

## Außenpolitische Unruhe im Süden des Kontinents

Diese Zuspitzungen sind auf dem Hintergrund der Grenzprobleme zu sehen, die Chile heute gleichermaßen mit Peru und Argentinien hat. Es ist gleichsam eine Ironie des Schicksals, daß Pereda seinen Vorgänger ausgerechnet auf den Botschafterposten in Buenos Aires abgeschoben hat, in die Hauptstadt jenes Landes also, welches z.Zt. den größten Konflikt mit Chile um die Beagle-Inseln hat. Kontakte auf höchster Ebene sind geplant: Ende Oktober wird Präsident Pereda den argentinischen Staatschef Videla an einem Grenzort treffen und die gespannte Situation im Cono Sur erörtern.

Historische Landkarte.

Von Chile geraubte bolivianische
(Antofagasta) und peruanische
Gebiete .



Mit Peru hat es schon im September einige wichtige Gespräche, vor allem auf Seiten der Militärs gegeben. Peru hatte in dem Salpeter-krieg die wichtigen Gebiete von Arica, Pisagna und Iquique verloren (=Tarapaca, s. Lamdkarte). So konnte auch der von Banzer mit Pino-chet geplante ungleiche Tausch (Bolivien bekommt einen nur 5 km breiten Korridor des ehemaligen peruanischen Gebietes gegen ein mineralreiches bolivianisches Gebiet) nicht die Zustimmung der peruanischen Militärs gewinnen. Auch in Bolivien regte sich der Widerstand gegen diesen Kuhhandel, der lediglich der Imagepflege Banzers nützen sollte von Seiten der Linken.

Am 28.9. fand eine als wichtig angekündigte Versammlung der bolivianischen Streitkräfte statt, die die militärischen und politischen Spannungen im Süden des Kontinents untersuchen sollte. Ein Ergebnis ist bisher nicht bekannt geworden. In den letzten Wochen hat es wiederholt Kontakte auf höchster Ebene mit argentinischen und peruanischen Militärs gegeben. Nach dem peruanischen Heereschef ist inzwischen auch der peruanische Luftwaffenchef in Bolivien gewesen. Auf die Frage eines möglicherweise unvermeidlichen Krieges mit Chile angesprochen, sagten die peruanischen Militärs, daß der einzige Krieg, den Peru führen wird, der gegen die Unterentwicklung sein wird. Sie fügten freilich hinzu, daß Peru Bolivien unterstütze, wenn es eine Überprüfung der Verträge mit Chile vornehme.

In diesem Zusammenhang wird jetzt in Bolivien die Frage diskutiert, ob das Land überhaupt in der Lage wäre, jetzt einen Krieg durchzustehen, oder ob es sich ein weiteres Mal unüberlegt in ein kriegerisches Abenteuer mit erneuter Niederlage und Territorialverlusten verwickeln würde. Dazu meinte ein bolivianischer Militär, Kommandeur an der Macht zu Zeiten von Victor Paz, Bolivien könne sich jetzt überhaupt keinen Krieg leisten. Es habe weder die ökonomische Stärke noch ausreichende militärische Vorbereitung, um seine Grenzen zu verteidigen. Eine Regierung, die mit solchen Gedanken spiele, wolle nur das Bewußtsein der Bolivianer täuschen.

Während Pereda meint, die fortgesetzte bornierte Haltung Chiles in der Frage des Meereszugangs enthalte eine Tendenz zum Krieg, äußerte Pinochet, Chile werde jede bewaffnete Auseinandersetzung mit Erfolg zurückweisen.

Militärmanöver in der Hochebene - wofür ?



## Macht und Ohnmacht der Militärregierung

Während das seit Peredas Putsch verstärkt liberale, fast anarchische politische Klima anhält, gibt es doch Konflikte zwischen der Regierung und Teilen der Bevölkerung, die als Machtproben ausgetragen werden. So hat es in der Stadt Riberalta wegen des neuen Bürgermeisters, der von der Regierung ernannt worden war, einen Generalstreik gegeben, in dem die Militärs mit Tränengas gagen die Bevölkerung vorging. Flüchtende Demonstranten und Reporter wurden bis auf das Gelände der Kirche und des katholischen Rundfunks verfolgt, beleidigt und geschlagen.

Die Reaktion der katholischen Kirche war unzweideutig negativ. Die Rundfunkstationen Boliviens machten wegen dieses Vorfalls einen eintägigen Streik.

Im Zusammenhang eines Rachemordes an Fernando Fernandez aus Cochabamba, der sich entschlossen hatte, aus der rechtsextremen paramilitärischen 'Legion Boliviana Social Nacionalista" auszutreten. kam es zu Unruhen und zu einem Anschlag auf eine Kirche. Dies benützte Peredas Innenminister, um sich als Beschützer der Kirche und liberaler Politiker zu profilieren. Die 'Legion', deren Auflösung die Bevölkerung von Cochabamba forderte, hatte einst auch als Instrument Banzers bei der Besetzung der Universität Cochabamba gedient.

Pereda, der die gegenwärtige politische Schwäche der bolivianischen Bourgeoisie und die wachsende Organisierung der Linken kennt, hatte seit seinem Machtantritt Gespräche mit <u>allen</u> politischen Parteien gesucht, aber infolge seiner demokratisch illegitimen Position zunächst nur Ablehnung erfahren. Mittlerweile haben jedoch Gespräche mit <u>allen</u> Parteien bis hin zur äußersten Linken stattgefunden. Interessanterweise sprach Pereda zunächst im Geheimen mit den bürgerlichen Parteien MNR, PRA; DC <u>und</u> mit der links von der UDP angesiedelten Splittergruppe FRI. In einem später veröffentlichten Kommunique wurde Peredas politische Öffnung bejaht und Wahlen gefordert. Die anzustrebenden konstitutionellen Gespräche seien von Rico Toro als Vorsitzendem zu leiten. Unter Umständen will man mit diesem Vorschlag den als Minister und Politiker noch unerfahrenen Rico Toro leichter überspielen können.



Die UDP fordert noch einmal die baldige Konstitutionalisierung; am Tisch v.l.n.r.: Jaime Paz (MIR), Hernan Siles Zuazo (MNRI), Guillermo Aponte (PS) und Domick (RCB).

Es kann als Zeichen dafür genommen werden, wie wichtig Pereda und die anderen Parteien das UDP-Bündnis nehmen, daß sie es erst nicht über diese Gespräche informierten und daß das Gespräch mit der UDP erst zum Schluß stattfand. Zunächst gab es noch Widerstände gegen dieses Gespräch in der UDP selbst - von Seiten des MIR. Das Argumentieren der Mehrheit (einschließlich der PC) mit Putschgerüchten gegen den relativ liberalen Pereda hielt zwar einer Analyse nicht stand, aber man entschied sich schließlich doch für die Gespräche.

Der Präsidentschaftskandidat der UDP, Siles Zuazo, sprach also mit Pereda. Ein Kommunique bescheinigte Pereda Demokratisierungsabsichten und sprach sich für einen Dialog ohne Bedingungen und gegen eine offizialistische Kandidatur (etwa des jetzigen Staatschefs) aus.

Darüber hinaus fordert die ganze Opposition Neuwahlen im ersten Halbjahr 1979. Die UDP verlangt außerdem einen klaren Wahltermin und verbandtihre politischen Forderungen an Pereda zugleich mit der Forderung nach einer seit langem fälligen Lohnerhöhung für die Bergarbeiter (s.u.) und nach einem Angriff den halblegalen Schmuggel, der einen Umfang von 130 Mio. Dollar im Jahr angenommen hat und gegen den Drogen- und Rauschgifthandel, dessen Umfang ca. 500 Mio. Dollar pro Jahr ist.

Für das Zustandekommen dieser Gespräche mit dem Staatschef dürften auch die bedrohenden außenpolitischen Zuspitzungen eine Rolle gespielt haben.

## Die Landarbeiter geraten ins Blickfeld

Nach seinem Austritt aus der DC hat sich der zweite, von Banzer geförderte Präsidentschaftskandidat General René Bernal Escalante mit führenden und für ihre Korruption bekannten Funktionären der offizialistischen Landarbeiterorganisation der Militärdiktaturen Clemente Arcon und willy Român zur Bildung einer neuen Landarbeitergruppierung zusammentgetan. Zweck dieser als 'Movimiento Agrario Revolucionario' ausgegebenen Gründung soll es wohl sein, eine noch breitere politische Basis für Bernal und die Bourgeoisie zu schaffen. Bernal war bereits unter Barrientos Landwirtschaftsminister. Er sucht sogar das Gespräch mit der linken Landarbeiterbewegung Tupac Katari. Die Tatsache, daß er Armeechef war, als die Massaker von Cochabamba durchgeführt wurden, wird aber seinen ehrgeizigen Plänen eher schaden. Sein erster Bauernkongreß auf Distriktebene in Cochabamba wurde im übrigen mit Schüssen – von Seiten der offizialistischen Gewerkschaften – attakiert.

Die Neugründung Bernals zeigt, daß die Landarbeiter allmählich das Interesse der verschiedenen politischen Parteien erwecken. Wegen des unter den Diktaturen bisher verkündeten Militär-Bauern-Paktes waren bisher ähnliche Initiativen öffentlich nicht möglich.

Im Untergrund organisierte der MIR aber seit sieben Jahren die jetzt stärkste freie Landarbeitergewerkschaft Tupac Katari. Sie ist auch die einzige Organisation dieser Art, die ein Sachprogramm aufzuweisen hat, während die anderen Gruppen mit ihren ernannten Führern lediglich Wahlmanövern und Beherrschungsstrategien der regierenden Bourgeoisie dienen. In ihrer Plattform spricht Tupac Katari unter anderem über das Coca-Problem, die Landwirtschaftsbank, eine Landarbeiterversicherung und die ländlichen Transportprobleme.

Die vierte bestehende Landarbeiterorganisation , der Bloque Independiente Campesino,ist eine Gründung der PCB/ML und besitzt sehr geringen Einfluß.

## Wachsende Institutionalisierung der Gesellschaft

Wie mittlerweile auch die Regierung zugeben muß, ist jetzt der größte Teil der Gewerkschaften (ca. 85%) demokratisch organisiert. Aber auch die Industrie- und Handelskammern, die in dieser Form unter Banzer verboten waren, sind neugegründet; sie führen schon einen wohlorganisierten Kampf gegen die Gewerkschaften und üben als Lobby einen erheblichen Druck auf die Regierung aus.



Wichtige Parteichefs der UDP feiern den Sieg der Linken an den Universitäten. Antonio Aranibar vom MIR (Mitte links mit Brille) und Hernan Siles Zuazo vom MNRI (Mitte rechts). Die Serie der Universitätswahlen ist jetzt abgeschlossen und hat unter den Studenten einen überwältigenden Sieg der UDP-Kandidaten gebracht (77%). Dieses Ergebnis ist angesichts des gewichtigen Einflusses der Universitäten auf die Politik des Landes von großer Bedeutung.

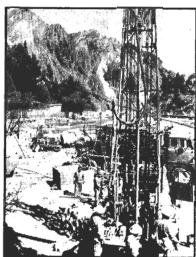
Der seit langem geplante Kongreß des Dachgewerkschaftsverbandes (COB) soll im Dezember stattfinden.

### Das Ende des Wirtschaftswunders

Banzer hatte während seiner Regierungszeit der Öffentlichkeit eine wachsende Wirtschaftsblüte Boliviens durch Errichtung von Prunkbauten und eine entsprecnende Propaganda vorgespiegelt. Mit der deutlichen Kritik an seiner Außenpolitik setzt jetzt auch eine zunehmende Entlarvung seiner Wirtschaftspolitik ein.

Dabei werden immer mehr Fälle von Korruption enger Mikarbeiter Banzers in öffentlichen Institutionen bekannt, z.B. im Erdölsektor. Statt die erwirtschafteten Gelder in zukunftsträchtige Industriezweige zu investieren, hatten sich Banzers Bürokraten auf Staatskosten billig den Bau von ganzen Stadtteilen in La Paz und Santa Cruz finanziert. Dadurch und durch Fehlplanung wurde in den vergangenen Jahren kaum etwas für die Erschließung neuer Ölfelder getan. Selbst die staatliche Erdölgesellschaft YPFB spricht heute von Geldverschwendung. Man habe mit dem rücksichtslosen Erdölexport und dem viel zu billigen Gasexport den Reichtum des Landes verschleudert.

Regierungsstellen gefallen sich jetzt in Verbalradikalismus: der mächtige Koordinationsminister der Pereda-Regierung, Lema Patiño (MNR), spricht über die Unterentwicklung Boliviens als Folge der Abhängigkeit vom Imperialismus. Eine Versammlung der wichtigsten Staatsunternehmen (COMIBOL, YPFB) vertrat die Meinung, daß eine wirkliche Entwicklung des Landes grundlegende Änderungen in der bolivianischen Gesellschaft selbst erforderten.



Das verschenkte Erdöl ist nicht so schnell wiederzufinden.

Der Ernst der Lage wird noch dadurch unterstrichen, daß Bolivien als langjähriger Erdölexporteur seit dem 15.10. zum ersten Mal Dieselöl importieren muß. So ist die nach den Mineralien bisher zweitwichtigste Devisenquelle des Landes versiegt!

Inzwischen studierte auch die Weltbank die Ölkrise Boliviens, um Boliviens künftige Fähigkeit zu überprüfen, seine hohen Schulden zurückzubezahlen. In der Not will Pereda noch mehr Gas verkaufen und hat Unternehmen zu Explorationen eingeladen. Zur Verschleuderung der heimischen Energiequellen gehört es, wenn Bolivien bisher sein Erdgas für nur 1.10 Dollar je 1000 Kubikfuß an Argentinien verkaufte, während Mexiko von den USA für die gleiche Menge 2,60 Dollar erhält. Auf diese Weise verliert Bolivien über 82. Mio. Dollar pro Jahr. Andererseits muß Pereda jetzt schon froh sein, daß die Internationale Entwicklungsbank(BID) Bolivien noch einmal 21 Mio. Dollar geboten hat. Aber Bolivien ist jetzt so weit, daß es im letzten Halb-jahr 1978 zwar 260 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe erhält, aber dafür die enorme Summe von 202 Mio. Dollar für Schuldenrückzahlungen (Zinsen, Spesen für Regierungsbeauftragte und Teilrückzahlungen) zu erstatten hat!

## Verschärfte Verteilungskämpfe

Die bolivianischen Zeitungen der letzten Wochen waren voll von Berichten über Streiks und Streikankündigungen. So streikten die Bergarbeiter der südlichen Gebiete 48 Stunden lang, da das Angebot von COMIBOL zu niedrig war. Die Druckergewerkschaften fordern ebenfalls höhere Löhne. Der COB-Chef Juan Lechin Oquendo erklärte die von der Regierung angebotenen 35% Lohnerhöhung für die Bergarbeiter für völlig unzureichend, zumal es für die kleinen Verdiener seit 6 Jahren kaum eine Lohnerhöhung, aber dafür eine erhebliche Teuerung gegeben hat. Die Bergarbeiterforderung würde den Tageslohn von jetzt ca. 2 DM auf ca. 13,50 DM erhöhen. Die Verhinderung und Niederschlagung von Streiks zur Zeit der Banzer-Diktatur hat einen riesigen Nachholbedarf erzeugt, der auch nur die gröbsten Formen des Elend lindern könnte.

Die Bergarbeiterforderungen haben auch ihren Hintergrund darin, daß die Zinnpreise auf dem Weltmarkt jetzt 6,33 Dollar je Pfund betragen, und Zinn damit den Silberpreis von 5,60 Dollar übertrifft. Es gilt nun selbst als Edelmetall.

Angesichts der wachsenden Verelendung der Massen ist die Forderung der Fabrikarbeiter für einen täglichen L<sup>O</sup>hn von 185 Pesos als bescheiden zu bezeichnen.

Ferner waren Streiks der miserabel bezahlten Lehrer, der Wasserund Elektrizitätswerke La Paz, der Weberei in Cochabamba zu verzeichnen. Die Arbeiter der Genuß- und Nahrungsmittelbranche haben ihre Streikbereitschaft ebenso wie die Konföderation der Handelsangestellten angkündigt. Selbst die Straßenhändler sind in einen Hungerstreik getreten, da sie nicht mehr überall verkaufen dürfen.

In Santa Cruz ist man erschüttert darüber, daß infolge der niedrigeren Erdölproduktion die Steuereinnahmen der Stadt sinken. Steuererhöhungen werden zum Ausgleich gefordert.

Wegen einer großen Dürre verlassen jetzt hunderte von Menschen die Chiquitano-Gebiete im Süden des Landes.

### Die Profiteure

In dieser allgemein miesen Lage suchen die höheren Kreise der Bourgeoisie ungeniert ihren Superprofit. Ein bürgerlicher Ökonom, René Ballivian Calderon, sprach sich offen für eine Peso-Abwertung im Vergleich mit dem Dollar(von jetz 20:1 auf 30:1) aus. Dieser Trick soll vor allem dazu dienen, die notwendige Lohnerhöhung der Bergarbeiter mit den auf diese Weise künstlich steigenden Peso- Erlösen für Zinn aufzufangen. Die so in Gang gesetzte inflationäre Entwicklung würde aber nur den Arbeitern schaden und die ewigen Profiteuer der Bourgeoisie noch mehr bereichern.

Diese Spekulation über eine Geldentwertung des Peso hat zu gigantischen Dollaraufkäufen von Seiten der finanzkräftigen bolivianischen Bourgeoisie geführt. In nur fünf Tagen wurden 50 Mio. Dollar gekauft, was einem DRittel der gesamten Devisenreserve des Landes entspricht. Aus diesem Grund kann die Regierung jetzt einfach nicht abwerten.

Die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und dem Staatsapparat wachsen auch. Die sich täglich aggressiver gebärdende Bergbaubourgeoisie beklagt sich, daß Pereda vor allem seine ursprüngliche Machtbasis, die Viehzüchter in Santa Cruz fördert. Auch der oben genannte BID-Kredit von 21 Mio. Dollar soll außer für Tourismus und Industrie besohders für die Viehzucht verwendet werden.

Außerdem ist mit dem Machtwechsel zu Pereda ein Kampf um die Staatspfründe ausgebrochen und noch immer im Gange. Pereda hatte versprochen, keine Anhänger Banzers zu entlassen, muß nun aber seine eigenen Gefolgsleute versorgen, um sich eine festere Basis im Staatsapparat zu schaffen.

Staatliche Preiskontrolle: Die kleinen Leute werden kontrolliert, die großen Korruptionsgeschäfte blühen im Dunkeln.



## Beim Generalstreik in Potosi

In der peruanischen Tagespresse las ich im Juli über die anstehenden Wahlen in Bolivien, den massiven Wahlbetrug, die anschließende Forderung nach baldigen Neuwahlen und den postwendend folgenden Militärputsch vom Banzer-Eleven Pereda; aber auch über Zusammenstöße zwischen bewaffneten Indio-Gruppen und Militäreinheiten kurz nach Peredas Machtübernahme.

Eine Woche später mache ich mich auf den Weg in Richtung Bolivien. An der Grenze zwischen Peru und Bolivien scheint noch alles in "alter" Ordnung zu sein, an der Wand hängt noch ein Bild von Banzer als Präsident und außer meinem Pass, dem obligatorischen "Trink-geld" für den Grenzübertritt verlangt man von mir nichts weiter.

Dies also ganz im Gegensatz zur deutschen Praxis, wo der Bundesgrenzschutz bei meiner Ausreise nicht 'nur' Namen, Adresse etc. notierte, sondern auch Fragen über Dauer, Ziel und Zweck meines Auslandsaufenthaltes stellte und selbst noch die ausweichendsten Antworten von mir mit sprichwörtlich deutscher Akribie festhielt.

La Paz erscheint dem Touristen hinsichtlich militärischer Präsenz nach Aufhebung des Ausnahmezustandes eher in Mittagsschlaf versunken, was v.a. dem aus Lima/Peru Kommenden sehr stark auffällt, da dort an wichtigen Verkehrsknotenpunkten und Plätzen Einheiten von 3-7 waffenstrotzenden Militärs zum 'alltäglichen' Bild gehören.

In Potosí, am 29.8. -einem Dienstag-Morgen-, an dem normalerweise die Straßen und Plätze dieser Stadt von Menschen, Autos und geschäftigem Treiben fast überquirlen, herrscht nahezu Friedhofsstille. Einige wenige Leute stehen diskutierend auf der Plaza rum, Kinder spielen Fußball auf den Straßen, da so gut wie kein Kraftfahrzeugverkehr an diesem Tag ist.

Ich setze mich auf eine Bank am Platz im Zentrum der Stadt, lasse diese 'seltsame' Stimmung von sonntäglicher Verschlafenheit, kolonialer Architektur und herrlichem Sonnenschein auf mich einwirken und frage meinen Nachbarn auf der Parkbank nach der Besonderheit des heutigen Tages: GENERALSTREIK FÜR 24 STUNDEN IM DEPARTEMANT VON POTOSI!

Der Anlaß dafür ist, daß die "neuen" Machthaber für das regionale Entwicklungsinstitut in Potosi einen ihr wohlgesonnenen Rechtsan-walt aus La Paz eingesetzt haben und die vom "Volk" (so mein Informant) vorgeschlagenen, fachlich besser qualifizierten Kandidaten total ignorierten.

Als der Rechtsanwalt am Vorabend den Vertrag für diese Stelle unterschrieb, war der Generalstreik für Potos! eine beschlossene Sache. (Diese Praxis versuchen die Putschisten in sämtlichen, gesellschaftlich relevanten Bereichen durchzuführen, so beispielsweise auch an den Universitäten von La Paz und Sucre, wo jedesmal Pereda-loyale Rektoren eingesetzt werden sollten!).

Zugleich sollte indes aber auch den Militärs durch den Streik gezeigt werden, daß die Bevölkerung von Potosi, die in den Wahlen überwiegend links wählte (vgl. LN Nr. 63), keineswegs mit den derzeitigen Machthabern einverstanden ist und ihnen gegenüber auch Widerstand zu leisten vermag.

Der an diesem Tag durchgeführte Ausstand wurde beinahe 100% eingehalten, so waren u.a. nicht nur der lokale Markt, sondern auch der überwiegende Teil der Dienstleistungsbetriebe paralysiert.
Nur 2 - 3 Familienbetriebe im Gastronomiegewerbe hatten in der 100 000 Einwohner zählenden Stadt an diesem Tag ihre Türen geöffnet.

Darüberhinausgehend haben außerdem in einigen benachbarten Departements und Städten -so z.B. in Tarija im Süden des Landes- Kundgebungen und Solidaritätsstreiks stattgefunden, so daß die örtliche Streikleitung von Potosí diese Aktion als vollen Erfolg auf ihr Konto verbuchen konnte.

## **53**

## **SOLIDARITÄT**

## Die Solidaritätsarbeit braucht eine neue Qualität

Der folgende Bericht über zwei Formen der Chile-Solidarität in Westberlin im September will als Anregung für ähnliche Aktivitäten anderswo verstanden werden. Beiden Inititativen war gemeinsam, durch Information die Bereitschaft zur Solidarität zu wecken bzw. zu reaktivieren. Ziel der Ausstellung war es, durch Information Bewußtsein zu webken; Ziel der GEW-Veranstaltung, durch das Vorstellen von Beispielen zur eigenen Aktivität anzuregen.

Daß sich auch diese Aktionen (vgl. anschließenden Beitrag) eher im Milieu der linken Intelligenz entwickelten, ist offenkundig. Diese Tatsache deutet die begrenzte Wirksamkeit an, kann aber natürlich kein Grund sein, die Initiativen deshalb geringzuschätzen.

Die Ausstellung, vorbereitet von einer locker strukturierten "Koordinationsgruppe der Chile-Solidarität", bestand aus gut 30 Stoffbildern , die von Frauen in den Elendsvierteln Santiagos hergestellt worden sind. (Sie entsprechen denen, die vom FDCL als Postkarten und im letzten Jahr als halender verbreitet wurden.) Anschaulich "erzählen" diese Bilder von der Not des Alltags, der Mühe zu überleben, von Formen der Solidarität in den Plendsvierteln, die Repression stellen sie z.T. mittels religiöser Symbolik dar. Konzipiert war die Ausstellung für Besucher ohne spezifische Chile-Vorkenntnisse – als Besucher hatten wir vor allem an Schulklassen und Jugendgruppen gedacht.

Als Ergänzung fanden allabendlich Vorträge mit anschließender Diskussion zu speziellen Themen wie Wirtschaftspolitik, Frage der Menschenrechte, Beziehungen Chile-BRD und die Lage der Frau statt.

Propagiert wurde die Ausstellung durch Flakate in Kinos und Kneipen, durch Beiträge in Blättern der Szene, aber auch, soweit möglich, durch Hinweise in den bürgerlichen Medien.

Einschließlich der Schulklassen wurde die Ausstellung - sie lief 14 Tage - von 50-100 Bersonen täglich besucht; die abendlichen Veranstaltungen von durchschnittlich 30 Leuten.

Auch nach Ende der Ausstellung meinen wir, daß unser Konzept richtig war; was den quantitativen Erfolg angeht, müssen wir sehen, daß eine Gruppe, die nicht selbst über eine größere Urganisation verfügt. und auf deren Mitglieder als Publikum rechnen kann, kaum mehr erreichen kann; in dem Echo spiegelt sich, was an Interesse für Chile im Bereich der Nicht-Urganisierten zu wecken ist, und was nicht. (Daß die Zusammenarbeit mit Organisationen nicht besser geklappt hat, liegt einesteils gewiß an der geringen Erfahrung der Vorbereitungs-Gruppe, andernteils am Zeitpunkt: die Vorbereitungszeit fiel in die Sommerferien.)

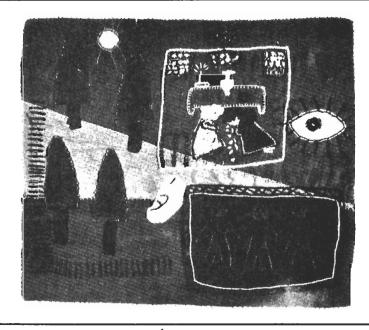
Eine weitere Initiative ging von den Gewerkschaften Erziehung und Wissenschaft aus (GEW), von denen es in Westberlin zwei gibt. In rund 4 ooo Exemplaren wurde Anfang Septimber aktualisiertes Informationsmaterial an die Vertrauenslehrer der Berliner Schulen geschickt mit der Aufforderung, daß Kollegen das Thema Chile anläßlich des Jahresta es des Yutsches im Unterricht zur Sprache brächten.

Darüber hinaus organiserten beide Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der Auslandsvertretung der chilenischen Einheitsgewerkschaft CUT eine Informationsveranstaltung, auf der deutsche Kollegen über ihre praktischen Erfahrungen in der Solidaritätsarbeit berichteten. Vor allem ging es dabei um die finanzielle "Interstützung von Volksküchen und Werkstätten, wie auch Fatenschaften für Häftlinge bzw. deren Familien. Ziel dieser Veranstaltung war vor allem, mehr Kollegen für die Unterstützung der bestehenden und weiterer Frojekte zu gewinnen. Hit rund 400 Leuten zeigte sich, daß im Bereich der behrer tatsächlich weiter Bereitschaft für die Solidarität mit dem chilenischen Volk zu wecken ist.

Beide Gewerkschaften haben übrigens Koordinationsstellen eingerichtet, um die Aktionen einzelner Betriebsgruppen stärker und zielstrebiger zur Sache der Gewerkschaft zu machen.

Als Problem wurde dabei erkannt, wenn auch nicht ausdiskutiert, daß die gegenwärtige Form der Solidarität der Überprüfung bedarf. Die Unterstützung vom Volksküchen und Werkstätten entstand aus der konkreten Situation der schlimmsten wirtschaftlichen Misere in Chile im Jahre 75. Wenn das Elend auch weiter andauert, so zeigen sich auf der andern Seite innerhalb der chilonischen Abreiterschaft deutliche Angeichen für

ein (wenn auch weiter langsames) Wiedererstarken der Kampfbereitschaft "In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob diese veränderte <sup>L</sup>age nicht auch veränderte Formen der Unterstützung verlangt. Erfahrungen und Anregungen aus dem Leserkreis der IN greifen wir gern auf.



Ein Stoffbild aus der Ausstellung:

Angehörige weinen in der Kirche um die Verschwundenen. Das Auge Gottes sieht die Ungerechtigkeit. Das Sein der Verschwundenen ist durch den dunklen Schleier verhüllt, so daß sie von ihrer Umgebung getrennt sind und sie selbst auch nicht bestimmen können, wo sie sich befinden



### Solidarität mit Chile

Liebe Genossen und Genossinnen,

Ende dieses Monats gibt es für uns alle die große Weihnachtsüberraschung des 13. Monatsgehaltes. Dieses Gehalt ist für uns nur möglich gewesen durch die Stärke eines gewerkschaftlich organisierten Kampfes um die Verbesserung der Lebensbedingungen der abhängig Arbeitenden in Deutschland.

Es gibt, wie wir alle wissen, heute in Chile diese Möglichkeit nicht, auf legaler Ebene solche Kämpfe auszutragen, weil die Gewerkschaften in Chile verboten sind. Dies ist jedoch nur ein Teil der massiven Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen des chilenischen Volkes. Die Lage der chilenischen Bevölkerung verschlechtert sich auch ökonomisch ständig. Unterernährung ist bei den chilenischen Kindern weit verbreitet. Mülleimer dürfen in Santiago nicht mehr auf die Straße gestellt werden, weil sie von hungernden Kindern und Erwachsenen nach Nahrungsmitteln durchsucht werden. Es gibt ganze Stadtteile, in denen die Unterernährung 92% der Bewohner betrifft.

Die menschenunwürdige Situation, der das chilenische Volk ausgesetzt ist, hat politische Ursachen und muß politisch bekämpft werden. Dieser Kampf ist durch die Existenz eines weitverzweigten Unterdrückungsapparates, der nur mit dem des faschistischen Deutschland vergleichbar ist, verständlicherweise schwierig und illegal. Trotzdem findet dieser Kampf auf verschiedenen Ebenen heute in Chile statt, besonders in den Widerstandskomitees.

Die Widerstandskomitees sind Organisationen, die an der Basis, d.h. in den Fabriken und Armenvierteln (poblaciones) entstanden sind und dort illegal arbeiten. Ihre Arbeit besteht in der Organisation des Widerstands in verschiedenen Bereichen. Konkreter gehören hierzu: Herstellung und Verbreitung illegaler Zeitungen, Organisierung von Streiks und Sabotageakten gegen die Junta und die ständige Verbreiterung der aktiven Widerstandsbewegung nicht durch Parteibündnisse von oben, sondern durch die Aktivität der Fabrikarbeiter und Pobladores. Entsprechend arbeiten in den Widerstandskomitees Mitglieder verschiedener Parteien, Gewerkschafter sowie viele Kollegen, die nicht parteilich organisiert sind oder waren.

Was hat das alles mit unserem Weihnachtsgeld zu tun? Der relative Reichtum in der BRD, der es uns z.B. ermöglicht, ein 13. Monatsgehalt zu konsumieren, ist nur möglich durch die hohen Profite, die die westdeutsche Wirtschaft in der sog. 3. Welt, so z.B. auch in Chile erzielt. Wir haben sowohl die humanitäre wie die politische Aufgabe, den Kampf des chilenischen Volkes um seine Befreiung zu unterstützen, weil die Befreiung des chilenischen Volkes ein Teil unserer eigenen Befreiung ist. Unser Beitrag dazu sollte heute sein:

#### 10% DES WEIHNACHTSGELDES FÜR DIE WIDERSTANDSKOMITEES!!!

Wir meinen, daß dieser Betrag nicht so hoch ist, wie er zunächst erscheinen mag, stellt er doch nur einen Bruchteil unseres gesamten Einkommens dar. Auch dann, wenn wir diesen Extrag von unserem Gesamtgehalt streichen, ist uns ein Leben ohne ökonomische Schwierigkeiten sicher. Vielleicht allerdings kann sich der eine oder andere einen seiner vielen Wünsche erst einen Monat später erfüllen ... Na und?! ...

Falls es Euch aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, 10% des Weihnachtsgeldes zu spenden, sind natürlich auch kleinere Beträge willkommen. Jede Mark ist eine notwendige Unterstützung des Widerstands in Chile und ein Baustein für eine neue Gesellschaft, in der der große natürliche Reichtum des Landes nicht dem ausländischen Kapital, sondern der Masse des chilenischen Volkes zugute kommt.

Besonders wichtig ist die Unterstützung des chilenischen Widerstands heute deshalb, weil sich in der internationalen Solidaritätsbewegung eine Resignation breitmacht, die der Not der chilenischen Arbeiter und Bauern in keiner Weise Rechnung trägt. Diese Resignation findet auch in Spendenaktionen ihren Ausdruck. Auf die Spendenkonten gehen heute nur noch ein Bruchteil der Beträge ein, die noch 1974 gespendet wurden. Im Ausland geht man zur Tagesordnung über, während die chilenische Junta und ihre ausländischen Beschützer (auch in der Bundesrepublik) sich die Hände reiben. Dieser Spendenaufruf ist ein Versuch, gerade diese Tendenz zu durchbrechen.

# SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN CHILE



Pschk, Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108 Kennwort: Hilfe für Chile

## REZENSION

LATEINAMERIKA - ANALYSEN UND BERICHTE II

Herausgeber: V. Bennholdt-Thomsen u.a. Verlag Olle und Wolter, Berlin 1978

Wie schon der erste Band dieser Jahrbuchreihe hat auch dieses Buch zwei Teile: Analysen zu einzelnen Themen und Länderberichte.

Die Länderberichte enthalten einen recht umfangreichen statistischen Teil mit den neuesten demographischen und wirtschaftlichen Daten. Daran schließen sich jeweils kurze Berichte über die wichtigsten Entwicklungen der letzten Zeit an. Dabei wird bei der Analyse der Wirtschaftsentwicklung besonderen Wert auf die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik auf die Arbeits- und Lebensstituation der breiten Bevölkerungsschichten gelegt. Die Darstellung der politischen und sozialen Entwicklung zeigt die Bedingungen auf, die den Handlungsspielraum der oppositionellen Bewegungen bestimmen.

Im Mittelpunkt der Analysen stehen diesmal die internationalen Bedingungen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Lateinamerika.

In dem Überblicksartikel von K.Glauser werden die Klassenkämpfe - die sich im letzten Jahr in vielen Staaten des Kontinents verschärft haben - im Kontext der imperialistischen Strategie der Industriestaaten und der Folgen dieser Strategie auf die Politik der lateinamerikanischen Staaten untersucht. Auch der folgende Artikel beschäftigt sich mit dem Einfluß äußerer Faktoren auf die Politik der Staaten Lateinamerikas. Auf recht abstraktem Niveau stellt W. Hein die Frage nach den Handlungsspielräumen nationaler Staaten unter den Bedingungen einer - alle nationalen Grenzen sprengenden - international funktionierenden Kapitalakkumulation. Dabei wendet er sich gegen gängige Vereinfachungen dieses Problem und weist die Wichtigkeit einer Analyse auf, die die Eingliederung der jeweiligen nationalen Ökonomien in den Weltmarkt durch den Austausch bestimmter Produkte analysieren. Die beiden folgenden Aufsätze befassen sich mit dem Engagement der BRD, die in den letzten Jahren zu der zweitstärksten ausländischen Macht auf dem Kontinent geworden ist.

U. Müller-Plantenberg untersucht die Rolle der BRD in der Diskussion um die sogenannte "neue Weltwirtschaftsordnung", in der die Regierung der Bundesrepublik sich im Interesse der westdeutschen Industrie für eine Wirtschaftspolitik einsetzt, die in den Ländern Lateinamerikas Terwor und systematische Verletzungen der Menschenrechte unvermeidlich macht.

Eine gute und sehr anschauliche Ergänzung dazu ist W. Würteles Fallstudie über VW do Brasil, die aufzeigt, daß die angeblich so entwicklungsfördernden Direktinvestitionen genau das Gegenteil von "Entwicklung" zur Folge haben. Der Aufsatz enthält interessante Details über die soziale Lage der Arbeiter bei VW und Strategien der Unternehmensleitung zur Verhinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Schließlich enthält der Band noch zwei Länderstudien zu Peru und Chile, die den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Abhängigkeit der beiden Länder, ihrer staatlichen Wirtschaftspolitik und den Bedingun-

Insgesamt stellt damit dieser zweite Band der Jahrbuchreihe ein wichtiges Informationsmedium dar und bietet Einblick in die aktuelle Lateinamerika-Diskussion.

gen oppositionellen Handelns verdeutlichen.

## Aufruf zur Unterstützung des RUSSELL-Tribunals

ZWEITE SITZUNGSPERIODE VOM 3. -9. JANUAR 1979 IN KÖLN

Handeln wird zum dringenden Gebot Fügsamkeit bedeutet den Tod Nur Protest gewährt eine Lehenshoffnung (Bertrand Russell in einem Brief an U Thant)

Die erste Sitzungsperiode des Russell-Tribunals war der Frage gewidmet: Wird Bürgern in der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben? Diese Sitzungsperiode schloß mit der Antwort: In der Bundesrepublik lassen sich Berufsverhote aus politischen Gründen feststellen, Verbote, die eindeutig die Grund- und Menschenrechte verletzen. Zugleich zeigt sich im Zusammenhang der Berufsverbotsverfahren eine ausgedehnte Überprüfungspraxis, eine Gesinnungs- und Meinungsschnüffelei, die Millionen Bürger betrifft, veransichert und die liberale Demokratie der Bundesrepublik insgesamt gefährdet. Diese differenzierte Antwort der Jury des Tribunals überraschte die politisch Informierten nicht. Überraschend ist eher - und das zeigt einen bedenklichen Gewöhnungsprozeß an -, wie wenig hisher die Erkenntnis, daß in der Bundesrepublik durch Staat, Behörden und Gerichte immer wieder Menschenrechte verletzt werden, Protest hervorruft und vor allem zum Handeln treibt.

Wenn gegenwärtig, auch als Ergebnis der ersten Sitzungsperiode des Russell-Trihunals, das Thema der Berufsverbote wieder stärker diskutiert wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß diese Diskussionen, wie auch kritische Außerungen bekannter Politiker, noch nicht ohne weiteres Konsequenzen enthalten und den Radikalenerlaß mit all seinen Begleitpraktiken wieder verschwinden lassen. Eher scheint es gegenwärtig so, als solle die Diskussion symbolisch Liheralität demonstrieren, als würde die Überprüfungs- und Verbotspraxis höchstens ein wenig eingeschränkt oder allenfalls verschoben, um die Kritik einzuschläfern. Auch wäre es verhängnisvoll, die Aufmerksamkeit würde sich allein auf das Berufsverbot konzentrieren und Gefahren, die den Menschenrechten von anderer Seite her drohen, gerieten darüber aus dem Blick.

Aus diesem Grunde hat die internationale Jury des Russell-Tribunals entschieden, auf der zweiten Sitzungsperiode, der letzten des Tribunals, drei zusätzliche Fragen zu behandeln:

· Zensur in der Bundesrepublik Deutschland,

• Entwicklung und Methoden des Verfassungsschutzes,

• Mutmaßliche Verletzung der Menschenrechte von Personen, die in ein Strafverfahren involviert sind. Diese drei Fragen signalisieren Gefahren, die weniger sichtbar, weniger faßbar erscheinen als die immerhin eindeutigen Fälle des Berufsverbots. Zensurpraktiken, die beispielsweise in einer Schule oder in öffentlichen Medien - von privaten Medien ganz zu schweigen - angewandt werden, kommen entweder versteckt zur Geltung, werden indirekt wirksam oder äußern sich in Maßnahmen direkten Drucks, können aber oft nur schwer dokumentiert oder eingeklagt werden. Eine Selhstzensur, also die vorausgreifende Anpassung an vorhandene oder angenommene Restriktionen, wird gerade denjenigen, die sie praktizieren, nicht mehr bewußt. Die Verteidigungsrechte scheinen ohnehin nur einen ganz kleinen Teil von Bürgern zu betreffen. Das Wirken des Verfassungsschutzes, der Geheimdienste insgesamt, entzieht sich schon deswegen unserer Aufmerksamkeit, weil es in aller Regel geheim geschicht. Nur hin und wieder wird offenkundig, daß der Verfassungsschutz längst eine Institution geworden ist, die eigenmächtig nach ihrem eigenen Sicherheitsbegriff handelt und sich den Entscheidungen der gewählten Politiker entzieht. Gerade weil diese Gefahren so untergründig wirken, geht es darum, die Wirksamkeit von Zensur, Einschränkung von Verteidigungsrechten und Eigendynamik des Verfassungsschutzes für uns alle zu zeigen.

Mehr noch als in der Sache der Berufsverbote, die weitgehend für die Bundesrepublik spezifisch sind, gilt im Hinblick auf die Themen der zweiten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, daß sie Gefahren aufzeigen, die auch anderen liberalen Demokratien gegenwärtig drohen. Auch andere Staaten liberaler Verfassung sind dabei, den Rechtsstaat abzubauen, indem sie ihn zu sichern vorgeben. Deswegen wird auch während der zweiten Sitzungsperiode besonders deutlich gemacht werden müssen, daß die Bundesrepublik nur stellvertretend behandelt wird, weil sich hier solche Probleme besonders deutlich abzeichnen. Wer dem Russell-Tribunal vor seiner ersten Sitzungsperiode mit Bedenken begegnete, weil er an dessen Seriosität zweifelte und weil er es als "ausländische Einmischung" zurückwies, kann nach dem Verlauf des Tribunals diese Einwände wohl zurückstellen. Daß das Verfahren der internationalen Jury seriös ist, wurde ebenso deutlich wie die Tatsache, daß das Engagement für die Menschenrechte keine nationalen Grenzen kennt. Es geht nun darum, nicht nur das Russell-Tribunal in seinem Engagement für die unverkürzte Geltung der Menschenrechte zu unterstützen, sondern zugleich die Verteidigung der Grundrechte in die eigenen Hände zu nehmen.

Der erste Aufruf zur Unterstützung des Russell-Tribunals erhielt etwa 4300 Unterschriften. Der Aufruf wurde zusammen mit sämtlichen Unterzeichnernamen in einer Großanzeige in der "Frankfurter Rundschau" veröffentlicht. Dieses Mal beabsichtigen wir, den Aufruf und die Unterzeichnernamen wieder als Großanzeige in der Wochenzeitung DIE ZEIT zu veröffentlichen.

Wir bitten Sie, Ihre Unterschrift und ihre finanzielle Beteiligung (DM 25,- oder auch mehr) bis spätestens 30. November 1978 zu leisten, Die Koordinationsadresse für diese Unterschriftensammlung zur Unterstützung des Russell-Tribunals lautet: Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack, Postfach 648, 6050 Offenbach 4. Über diese Adresse können entsprechende Zahlkarten und weitere Informationen bezogen werden.

-ANZEIGE

herausgegeben vom informationszentium Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Frei-burg i Br., Iclefon: 0761/74003.

## Probleme der Dritten Welt

Eine Einführung für Schüler

DIE SITUATION DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

URSACHEN DER UNTERENTWICKLUNG - Das Beispiel Brasilien

KANN ENTWICKLUNGSHILFE IN DIESER LAGE HELFEN

FRAGEN ZUR KIRCHLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE

MÖGLICHE LÖSUNGEN

Befreiungsbewegungen und Fragen der Gewalt

Das Erziehungswesen vor und intender Refreiung Mosambiques

Schaffung von Arbeitsplatzen

Rios. DM 0.60 for Scholer and Lebrhose the Berufstation DM 1.10





Berliner Zeitung für Erzieher und Sozialarbeiter

HEZ 7/8/9/ AUG./SEPT./7.JG. Preis 3.-- DM

u.a. mit

-Heimerziehertage--Heiminitiative--Stellungnahme zur geschlossenen Unterbringung--Jugendhilfe für wen?--Diakoniezentrum Heiigensee---Stephanstift Hannover--Kindertage 1978--Reiseberichte--Rationalisierung bei der Kirche--Fragebogenaktion des Senats zu einem neuen Jugendpflegebericht--

Bestellung bei: H E Z ,Urbanstr. 126, 1000 Berlin 61; Vorauszahlung erbeten unter: Lothar Erfurth, Sonderkonto Z; Pschamt Bln-West Kto.: 72065-102

## Kirchliche Entwicklungshilfe - am Beispiel BRASILIEN

Die Broschüre will die kirchliche Entwicklungsarbeit im Kontext des gesellschaftlichen Rahmens, wie er in Brasilien gegeben ist, untersuchen. Dabei muß auch geprüft werden, welche gesellschaftliche Entwicklung die deutsche Kirche in Brasilien unterstützt und welcher sie die Unterstützung versagt. Dies bedeutel, die Frage nach der gesellschaftlichen Position der Kirche in Deutschland zu stellen. Aus dem Inhalt: +++Die wirtschaftl. und polit. Lage in Brasilien ++ +Die gesellschaftliche Position der Kirche in Brasilien und in der

BRD +++Welches Brasilienbild vermitteln kirchliche Zeitungen? +++ Welche Vorstellung von Entwicklung 'steckt hinter der Arbeit von MI SEREOR? +++Konsequenzen für unsere Praxis?

(114 Seiten) Preis: 2.50DM , 2.00DM (ab 10 Exemplaren) Bestellung bei: Cfs Bielefeld c/o Gabi Sturm, Bökenkampstr. 20.48 Bielef.



Bestellungen an:

Gretel Schulze Ottenbrucher Str. 39 56 Wuppertal 1

DER REINERLÖS GEHT AN DEN CHILENISCHEN WIDERSTAND !

### JETZT AUF DEUTSCH:



CHILE-NACHRICHTEN Nr. 45:

"Die Engländer bringen das fertig: eine Geschichte des Terrors in der Form des Comics... Sowas kann schiefgehen - aber es geht nicht schief. Die Inhalte stimmen, die graphische Umsetzung hat nichts von Handwerkelei an sich. 100 Seiten Text könnten die

zu vermittelnden Inhalte nicht so sinnfällig machen wie diese 100 Seiten Zeichnungen mit ihren entlarvenden Verfremdungen."

Bitte Vorauszahlung in Briefmarken, Geldscheinen oder per Zahlkarte!

Stück 1 2 3 Preis 4.40 8.60 12.60 17.10 21.10 (einschl.Porto)

Preise für Wiederverkäufer auf Anfrage



#### GEGENPOL

will ein Diskussionsforum für die Unterstützer des 3. Russell-Tribunals sein.

#### **GEGENPOL**

wird ab September 1978 monatlich in Westberlin erscheinen.

#### GEGENPOL

bringt Informationen, Materialien und Analysen

- zu den Themen des Russell-Tribunals: Berufsverbote, Zensur, Verfassungsschutz, Strafverfahren; - zu den bündnispolitischen Problemen
- im Rahmen des demokratischen Kampfes; zur praktischen Arbeit der tokalen
- Unterstützergruppen des Tribunals; - zur Perspektive der Antirepressions-Arbeit über das Tribunal hinaus.

#### **GEGENPOL**

ist ab Ende September erhältlich:

- über die lokalen Unterstützergruppen;
- Preis pro Nummer DM 1.—

  beim linken Buchhandel; Preis DM 1,50

  über die Adresse der Redaktion: GEGENPOL. c/o DH/Aktionskomitee Altensteinstr. 59, 1000 Berlin 33 Preis DM 1,- plus Porto DM -,50 in

Themen der letzten Nummern waren:

Ökonomischer Völke Dritte Welt im Spieg in der 3. Welt + Pr Südamerika į,

"Unterentwicklung" und über den Widerstand le Zeitschrift die Ursachen ihrer

Massen unterdrückten der Elend dem pun kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier Zusammenhang zwischen über ufschluß

der

Zivildienstleistende Studenten, (für 28,80 /Sfr /Sfr 2 200, 140,-So/ t bei Jahresabonnem sinkommenssch

6 07 elefon: Freiburg, D-7800 5328 nformationszentrum Dritte Welt, Postfach

sofort

aþ

03

# Name: Geschenkabonnem ahresabonnement

(kostenlos) Probeheft

**Datum:** 

Unterschrift: